

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.50 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Ungarn 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingärten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Reimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: EW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 19. September 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., EW 68, Lindenstr. 3
Postcheckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonpareille...
1. Goldmark. „Kleine Anzeigen“...
das fertige Blatt...
2. Goldmark. „Kleine Anzeigen“...
das fertige Blatt...
3. Goldmark. „Kleine Anzeigen“...
das fertige Blatt...
4. Goldmark. „Kleine Anzeigen“...
das fertige Blatt...
5. Goldmark. „Kleine Anzeigen“...
das fertige Blatt...
6. Goldmark. „Kleine Anzeigen“...
das fertige Blatt...
7. Goldmark. „Kleine Anzeigen“...
das fertige Blatt...
8. Goldmark. „Kleine Anzeigen“...
das fertige Blatt...
9. Goldmark. „Kleine Anzeigen“...
das fertige Blatt...
10. Goldmark. „Kleine Anzeigen“...
das fertige Blatt...

Anzeigen für die nächste Nummer...
müssen bis 1/2 Uhr nachmittags im...
Hauptgeschäft, Berlin EW 68, Linden-...
straße 3, abgegeben werden. Schluß...
von 9 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Der deutschnationalen Parteibeschluß.

Maßgebender Einfluß oder schärfste Opposition.

In der gestrigen Sitzung der Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei hielt, wie die Telegraphen-Union mitteilt, der Vorsitzende, Abg. Herzt, einen ausführlichen Vortrag über die politische Lage. Nach eingehender Aussprache wurde seinem Vortrag entsprechend folgende Entschließung gefaßt:

Einmütig ist die Versammlung der Vorsitzenden der Landesverbände gewillt, die Geschlossenheit der Partei zu wahren; sie ist die notwendige Voraussetzung für die Entwicklung Deutschlands im nationalen Sinne. Die Versammlung billigt es, daß die Deutschnationalen Volkspartei in die Reichsregierung eintritt, falls die Partei in dieser Regierung maßgebenden Einfluß erhält. Gelingt dies nicht, so muß die Partei in die stärkste Opposition gegen die Reichsregierung eintreten.

Mit diesem Beschluß scheint die Richtlinie für den deutschnationalen Parteitag am 30. September gegeben zu sein. In ihm liegt zugleich auch die Entscheidung über die weitere Gestaltung der inneren deutschen Politik.

Da keine Partei der Mitte, selbst die Volkspartei nicht, so machbar sein kann, den Deutschnationalen nach ihren bisherigen Leistungen einen „maßgebenden Einfluß“ auf die Regierung zuzugestehen, ist die Bürgerblockfrage vorläufig erledigt. Die Deutschnationalen werden daher auf alle Fälle — sei es unter der glorreichen alten Führung, sei es unter einer neuen — mit Kommunisten und Nationalsozialisten zusammen „stärkste Opposition“ oder, wie es in der parteianthetischen Rundgebung hieß, „mit allen Mitteln verstärkte Opposition“ treiben.

Die vereinte deutschnational-kommunistisch-nationalsozialistische, „mit allen Mitteln“ arbeitende Opposition wird rund 200 Mann stark sein. Die in letzter Zeit etwas brüchig gewordene „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ zählt im ganzen 137 Mitglieder oder, wenn man die Bayerische Volkspartei dazu rechnet, 153. Die Parteigruppierung der Mitte, auf die

sich die Regierung stützt, wird also einer beträchtlichen Uebermacht gegenüberstehen. Auf eine dauernde Unterstützung der Sozialdemokratie kann sie ohne eine gründliche Umstellung der äußeren und inneren Politik nicht rechnen.

Die Regierung und die Parteien der Mitte werden daher sorgfältig überlegen müssen, welche Folgen sich aus dem Beschluß der Deutschnationalen für ihre Lage ergeben. Sie könnten daran denken, die Macht an die Opposition abzutreten, wenn diese Opposition mehrheitsbildend wirken könnte. Aber trotz aller Annäherungen, die sich schon vollzogen haben, läßt sich eine deutschnational-kommunistisch-nationalsozialistische Regierung — Scholem Inneres, Ludendorff Reichswehr — einstweilen noch nicht recht gut vorstellen.

Die Deutschnationalen hoffen, durch „stärkste Opposition“, durch rückichtslose Demagogie ihre Schande verdecken und die Lage wieder herstellen zu können. Sie sind — Tölpel, die sie sind — gutmütig genug, diese Absicht öffentlich anzukündigen. Sie rechnen damit, daß man auch auf der anderen Seite gutmütig genug sein wird, ihnen für dieses Manöver Zeit zu lassen.

Die Regierung Marx sieht hundert parlamentarische Revolver der Deutschnationalen auf sich gerichtet, denen sich die gleichstarken Hilfsmittel der Verbündeten von rechts und links zugesellen. Sie kann der Opposition die Waage aus der Hand schlagen durch eine Reichstagsauflösung. Wird sie es tun?

Wir glauben, sie wird es tun, weil schließlich gar nichts anderes übrig bleiben wird, aber wir fürchten, sie wird es so tun, daß sie selber einen durchschlagenden Erfolg vereitelt, der einem rechtzeitigen, klaren, entschlossenen Handeln gewiß wäre.

Aber wie dem auch sei — für die Sozialdemokratie heißt es noch immer und wird es immer heißen: „Der Feind steht rechts!“

Streit um die Besatzungskosten.

Die Besatzung fordert 90 Millionen Gm. Nachzahlung. Essen, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Wie von zuständiger Seite verlautet, haben die Besatzungsmächte, die sich nach dem Londoner Pakt zur Tragung der Besatzungskosten verpflichtet haben, von der Reichsregierung die Nachzahlung eines Betrages von 90 Millionen Goldmark verlangt. Die Reichsregierung hat die Zahlung dieser Forderung abgelehnt.

Räumung des Limburger Gebiets.

Frankfurt a. M., 18. September. (WTB.) Wie die Frankfurter Zeitung meldet, haben die französischen Besatzungstruppen mit der Räumung des Limburger Flaschenhalses begonnen. Die Orte des sogenannten Goldenen Grundes, namentlich Niederjeller, Ramberg, Oberbrechen, Dauborn und Kirberg sind bereits verlassen worden.

Rasche Durchführung der Amnestie.

Koblenz, 18. September. (WTB.) Die Durchführung der gemäß dem Londoner Abkommen vereinbarten Amnestie ist sowohl bei den Deutschen als auch bei den französisch-belgischen Stellen im Gange. Täglich werden weitere Entlassungen bekannt. Gestern wurde bereits gemeldet, daß auch ein Teil der früher in St. Martin de Ré inhaftierten Gefangenen in Freiheit gesetzt worden ist. Es ist zu erwarten, daß die Amnestie bis auf die Zweifelsfälle in kurzer Frist durchgeführt sein wird. Von verschiedenen Seiten sind Beschwerden darüber erhoben worden, daß die Amnestie auf die im Abwesenheitsverfahren Verurteilten in einzelnen Bezirken bisher nicht angewendet worden ist oder daß einige französische Dienststellen erschwerte Formalitäten von ihnen verlangen. Ferner sind Klagen darüber laut geworden, daß an einigen Stellen der Versuch gemacht worden ist, unter die Amnestie fallende Geldstrafen und Prozeßkosten noch einzutreiben oder sich aus hinterlegten Kautionen oder Beschlagnahmen bezahlte zu machen. Mit diesen Fragen ist die deutsche Abordnung in Koblenz befaßt. Klagen über die Durchführung der Amnestie, soweit sie nicht durch unmittelbare Vorstellungen bei den französisch-belgischen Behörden oder durch Vermittlung der Verteidiger ihre Erledigung finden, können bei der deutschen Abordnung Koblenz, Castorpfaffenstr. 26, vorgebracht werden.

Deutsch-englischer Handelsvertrag. Beginn der Verhandlungen.

London, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen der britischen und deutschen Regierung für den Abschluß eines Handelsvertrages sind eingeleitet. Nach dem Verlaufe von Verfalls des Großbritanniens und die anderen alliierten Staaten ohne weiteres den Anspruch auf Meistbegünstigung

für die Einfuhr ihrer Produkte in Deutschland, ohne daß Deutschland den gleichen Anspruch als Gegenleistung zugebilligt erhalten hat. Dieses Meistbegünstigungsrecht gilt für fünf Jahre vom Inkrafttreten des Friedensvertrages an. Diese fünf Jahre sind am 10. Januar 1925 abgelaufen. Die ehemals feindlichen Staaten sind darum verpflichtet, neue Handelsverträge mit Deutschland auf Grund beiderseitiger gleichberechtigter Verhandlungen abzuschließen. Die bisherigen Besprechungen sind zwischen der deutschen Regierung und dem englischen Botschafter in Berlin geführt worden. Nunmehr, nachdem Deutschland seine Sachverständigen ernannt hat, sind vom englischen Handelsministerium die britischen Sachverständigen bestimmt worden, die Anfang nächster Woche nach Berlin kommen werden, um die technischen Einzelheiten des vorgeschlagenen Handelsvertrages festzusetzen.

Die Dawes-Organisationen.

René Denis Generalsekretär.

Paris, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Reparationskommission hat einstimmig das Mitglied der belgischen Delegation René Denis zum Generalsekretär sämtlicher neuer Organisationen, die für die Infraktionierung des Dawes-Planes geschaffen werden mußten, ernannt. Denis begibt sich sofort nach Berlin.

Owen Young hatte im Hotel Astoria eine Zusammenkunft mit den Treuhändern, die mit der Reorganisation der deutschen Bahnen und mit der Syndizierung der 12-Milliarden-Obligationen betraut sind, sowie mit den Kommissaren für die Industrieobligationen. Dem „Antitransigent“ zufolge ist Young der Ansicht, daß der Dawes-Plan Anfang November zu funktionieren beginnen werde. Angeblich glaubt er sogar, daß zu dieser Zeit der erste Teil der deutschen Anleihe eingezahlt sein wird.

Die Feststellung der Reparationskommission.

Die Fristen laufen vom 1. September ab.

Antlich wird gemeldet: Auf Grund des Artikels 3, § 2 der Anlage 8 zu dem Schlußprotokoll der Londoner Konferenz hat die Reparationskommission in ihrer Sitzung am 1. September 1924 festgestellt, daß die für die Durchführung des Sachverständigenplanes erforderlichen deutschen Gesetze in der von ihr gebilligten Fassung verfaßt worden sind und der Generalsekretär für Reparationszahlungen seine Tätigkeit an diesem Tage aufgenommen. Der 1. September 1924 hat sonach als der Tag zu gelten, an dem alle vorgezeichneten Fristen zu laufen beginnen. Es sind somit den in der Anlage 8d zum Londoner Schlußprotokoll vorgezeichneten Terminen nicht 17, sondern 18 Tage zuzuzählen.

Die Landtagswahlen in Hessen finden am Sonntag, den 16. November, statt.

Die Wahlreform.

Kampf um den Wahlkreis, nicht um den Platz auf der Liste.

Von Dr. Arnold Brecht, Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern.

In der Dienstag-Abend-Nummer des „Vorwärts“ gibt R. Hauschildt einige für alle Parteien sehr lehrreiche Beispiele über die Wirkung der neuen Wahlvorlage. Er berechnet, wie die Stimmen des letzten Wahlganges sich bei der neuen Wahlkreiseinteilung auf die einzelnen neuen Wahlkreise, beispielsweise die 10 Wahlkreise des Wahlverbandes Groß-Berlin, verteilen würden. Seine Zahlen sind im wesentlichen richtig. Seine Folgerungen gehen aber m. E. über das Ziel hinaus und ich bin dem „Vorwärts“ für die Gelegenheit zu näheren Ausführungen dazu dankbar.

Aus den richtigen Zahlen H.s ergibt sich zunächst folgendes, was Hauschildt nicht erwähnt, was aber Erwähnung verdient. Obwohl nach der neuen Wahlvorlage im Durchschnitt 75 000 Stimmen für ein Mandat erforderlich sein sollen, kommen in den einzelnen Wahlkreisen tatsächlich viel geringere Zahlen zum Zuge. Das beruht auf der Anrechnung der überzähligen Stimmen der gleichen Partei aus den Nachbarkreisen.

Die Zahlen sind natürlich verschieden, je nachdem, ob bei einer Partei von allen 10 Wahlkreisen des Wahlverbandes insgesamt nur ein Kreis durchkommt, dessen mageres Stimmresultat erst durch die Stimmen sämtlicher übrigen 9 Wahlkreise feitzemacht wird, oder ob die Partei im Wahlverband viele Abgeordnete durchbringt, so daß sich im wesentlichen jeder Wahlkreis „selbst ernährt“. Beispielsweise würde nach den Zahlen der letzten Wahl bei den Wählern in den 10 Wahlkreisen Berlins zusammen nur einer gewählt sein, und zwar im IV. Wahlkreis mit nur rund 21 000 Stimmen aus diesem Kreis, ähnlich beim Zentrum sogar nur mit rund 13 500 Stimmen aus dem stärksten (III.) Wahlkreis. Dagegen würden die Sozialdemokraten 5 Mandate erzielt haben (in den Wahlkreisen II, V, VI, VII und IX) mit eigenen Stimmziffern von rund 50 000 bis 56 000 Stimmen, die Deutschnationalen 6 Abgeordnete mit Stimmen bis herab zu 42 000. Auch in diesen Fällen würde also die Zahl von 75 000 für den einzelnen Wahlkreis nicht entfernt nötig geworden sein.

Hauschildt hält sich nun streng an die einzelnen 10 Wahlkreise und stellt fest, daß in einigen davon (z. B. im Wahlkreis I) bei keiner Partei ein Abgeordneter gewählt wäre, während in anderen bis zu 5 Parteien je einen Abgeordneten erhalten hätten (Wahlkreis III). Er wendet sich gegen dieses Ergebnis, dessen Absonderlichkeit niemand verstehen werde.

Es ist sehr gut, daß diese Frage mit Gründlichkeit untersucht wird, wie hier von Hauschildt mit sorgfältigem Zahlenmaterial der Anfang gemacht wird. Hauschildt hat vollkommen recht, daß, wenn in jeder Partei in jedem Wahlkreis einen besonderen Kandidaten aufstellte, dieses das Ergebnis wäre, und man wird ihm darin zustimmen müssen, daß dieses Ergebnis nicht befriedigte.

Tatsächlich werden sich die Dinge aber ganz anders vollziehen, und die Wahlvorlage geht auch davon aus, daß sie sich anders vollziehen. Die Parteien werden nämlich in der Regel nicht in jedem Wahlkreis einen anderen Kandidaten aufstellen, sondern sie werden in mehreren Wahlkreisen den gleichen Kandidaten nominieren. Die Vorlage nimmt hier den Gedanken der sogenannten „elastischen Wahlkreise“ auf. Die Parteien können sich ihre Wahlkreise innerhalb des Wahlverbandes selbst beliebig abgrenzen, indem sie die gesetzlichen Wahlkreise, die gewissermaßen die „Minimalwahlkreise“ bilden, nach Bedarf zusammenlegen. Beispielsweise wird das Zentrum, das in Groß-Berlin seit Jahren insgesamt nur einen Vertreter erzielt, nicht in allen zehn Wahlkreisen verschiedene Kandidaten aufstellen (in diesem Falle würde der Kandidat des Wahlkreises III mit 13 491 Stimmen durch Hinzufügung der Stimmen aller übrigen Wahlkreise mit je 6000 bis 9000 Stimmen der Gewählte sein). Sondern das Zentrum wird wahrscheinlich für alle Berliner Wahlkreise denselben Kandidaten aufstellen oder vielleicht im Interesse der Arbeitsteilung zwei Kandidaten, z. B. einen für den Westen und Süden und einen für den Norden und Osten, von denen der in erster Linie Gewünschte die besseren Wahlkreise erhält, so daß seine Wahl gesichert ist, während der andere „Zahlkandidat“ ist, genau wie beim alten Reichstag vor dem Krieg. Dieser Zahlkandidat ist aber im Gegenjag zum bisherigen Listensystem in seinen Wahlkreisen Spitzenkandidat, er kann und muß als solcher auftreten, er kann durch seine Persönlichkeit, die Partei kann durch seine Auswahl ihre Chancen in gerade diesen Wahlkreisen vermehren.

Und der Bewerber kann sich als „Nummer“ bewähren. Er kann durch Vergleich mit früheren Wahlen zeigen, was er aus dem Wahlkreis gemacht hat und dadurch seine Karriere in der Partei begründen. Die Sozialdemokratie, die nach dem letzten Wahlergebnis Aussicht hat, in Berlin mindestens fünf Kandidaten durchzubringen, die sich bei einem verbesserten Wahlergebnis auf sechs bis acht vermehren könn-

ten, wird dagegen in einer größeren Zahl von Wahlkreisen Kandidaten aufstellen. Sie muß dies sogar tun, weil die gemeinsame Liste ja nur zwei Namen enthalten darf. Sie kann dabei soweit gehen, je einen Kandidaten in jedem der zehn Wahlkreise aufzustellen. Dann würden die Wahlkreise II, V, VI, VII und IX den dort aufgestellten Kandidaten sicher sein. Die nächste Aussicht hätten die Kreise III und IV, dahinter folgten erst mit weitem Abstand die Kreise VIII, I und X. Statt dessen kann die SPD. sich aber auch mit sieben oder acht Kandidaten begnügen und den beiden oder drei wichtigsten zu dem guten Wahlkreis noch einen der schwächsten hinzugeben. In der Art der Verbindung bestände Freiheit. Diese Freiheit führt unter den Kandidaten der gleichen Partei natürlich zu einem Kampf hinter den Kulissen, wie er zwischen den Kandidaten auch bei der Listenaufstellung stattgefunden hat. Dieser Streit kann durch kein System vermieden werden. Ob der Streit um den Platz auf der Liste oder um den besten Wahlkreis oder die günstigste Wahlkreisverbindung geht: durch die gesetzliche Regelung kann er nicht beseitigt werden.

Hier liegt der Punkt, wo man sich entscheiden muß. Der Kampf um den Platz auf der Liste war unerbittlich. Der Kampf um den Wahlkreis wird es auch sein. Das neue vorgeschlagene System ist beiseite kein Wundermittel zur Lösung aller Wahlmängel. Sein Vorteil besteht aber darin, daß hier bei den Bewerbern mehr auf die Qualität der Person geachtet werden muß, ob sie auch geeignet ist, an der Spitze eines Wahlkreises zu stehen, da es nur erste oder zweite Stellen gibt. Wer aufgestellt wird, muß sich im Wahlkreis im Wahlkampfe zeigen und für die Partei mit Erfolg kämpfen können. Das wird von verschiedenen Seiten unbedeutend empfunden. Sollen wirklich unbeschränkt Personen mit durchgeschleift werden, die nicht selber in der Lage sind, sich die Stimmenzahl der Partei zu erobern? Die Vorlage will nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Sie läßt die zweite Stelle auf der Liste zu und ermöglicht damit in genügender Umschweife das Mitnehmen eines Kandidaten an bequemerer Stelle. Das ist vor allem mit Rücksicht auf die Frauen notwendig und zu begrüßen. Durch Aufstellung an erster Stelle in einem und an zweiter Stelle in mehreren anderen Wahlkreisen kann die Partei die Frauen durchbringen, die sie durchbringen will. Ja, es genügt, wenn sie die Frau (oder den wahlkampf-schwachen, aber wertvollen männlichen Kollegen) in mehreren Kreisen an zweiter Stelle aufstellt. Außerdem steht für diese Zwecke nach wie vor die Reichsliste zur Verfügung. Manche Frau stellt auch an erster Stelle ihren Mann.

Der Kern der neuen Wahlvorlage läßt sich auf folgende Formel bringen: In der Partei: Kampf um den Wahlkreis, nicht um den Platz auf der Liste. Zwischen den Parteien: Kampf der wahren Kandidaten, nicht anonymen Listennummern!

Völkischer Reinfall.

Und eine Blamage der Thüringischen Regierung.

Wilmars, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Anlässlich der Revision der Thüringischen Staatsbank läßt die Regierung mitteilen, daß die Revision nichts ergeben hat, was die Kreditfähigkeit der Bank in Frage stellen könnte. Damit dürfte der Vorstoß gegen Voeb vorläufig erledigt sein. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit scheint aber noch immer nicht gesprochen zu sein.

Das negative Ergebnis der Revision war vorauszusehen. Die Revision erfolgte auf einen Vorstoß der völkischen Fraktion des Thüringischen Landtags hin, die mit ihrem Antrag auf Entlassung des Vobes und Sozialdemokraten Voeb nicht durchgedrungen war und die bei einer Revision der Staatsbank ihrem Ziel näher zu kommen glaubte. Sie hat sich getäuscht.

Für das Thüringische Kabinett bedeutet das Resultat eine neue Blamage. Es hat durch seine Maßnahme

einem der ersten Beamten des Landes, dem Thüringen sehr viel verdankt, eine ganz ungerechtfertigte Ehrenkränkung zugefügt und hat damit aufs Neue bewiesen, daß es nicht fähig ist, sein Amt unparteiisch auszuüben, sondern daß es ganz im Schlepptau der Deutschvölkischen segelt.

Die Thüringischen Demokraten sind schon vor dem Bekanntwerden des Ergebnisses der Revision aus der Regierungskoalition ausgetreten. Von einem Bürgerblock kann also in Thüringen nicht mehr die Rede sein. Die Thüringische Regierung kann sich nur noch auf die Stimmen der Deutschnationalen und der Völkischen stützen. Sie vertritt die äußerste Reaktion. Das war aber nicht die Absicht der bürgerlichen Parteien, als sie den sogenannten „Ordnungsbund“ bildeten und unter der Parole „Her mit der Ordnungsbundregierung!“ in den Wahlkampf gingen. Die Deutschvölkischen hatten sich selbst ausdrücklich vom Ordnungsbund ausgeschlossen. Die heutige Thüringer Regierung entspricht insofern nicht mehr dem Willen, dem die bürgerlichen Wähler in den Ordnungsbundwahlen Ausdruck verliehen. Sie sind geprellt.

Ein Appell an die Wähler Thüringens würde heute wahrscheinlich ein ganz anderes Resultat zeitigen als das der Ordnungsbundwahlen, die unter dem erdrückenden Einfluß der Reichsexekutive und der Reichswehrbesetzung stattfanden.

Ein agrarisches Schwindelmanöver.

Reichstagsabg. Genosse Keil schreibt uns:

Aus einem kurzen Urlaub zurückkehrend, lese ich in der deutsch-nationalen Presse einen von der Berliner „Deutschen Tageszeitung“ ausgehenden Angriff auf mich als Vorsitzender des Steueraussschusses des Reichstages. Da wird behauptet, ich hätte bisher die Beratung von Anträgen, die auf Steuererleichterungen für die Landwirtschaft gerichtet sind, durch Nichtberufung des Ausschusses hintertrieben. Der wirkliche Sachverhalt ist folgender:

Der Steueraussschuß hielt seine letzte Sitzung Ende Juli ab. Man stand damals vor einer Vertagung des Reichstages. Eine von mir veranlaßte Aussprache über den ferneren Arbeitsplan des Ausschusses führte zu dem Ergebnis, daß ich als Vorsitzender beauftragt wurde, die nächste Sitzung nach dem Wiederzusammentreten des Plenums, nicht aber in der Zwischenpause, einzuberufen. Darauf habe ich, ohne den Termin der nächsten Plenarsitzung abzumachen, Einladung ergehen lassen zu einer Sitzung am zweiten Tag der (damals noch unbestimmten) nächsten Tagung des Plenums. Diese Tagung begann dann am 22. August. Die hiernach für den 23. August vorgesehene Sitzung des Steueraussschusses wurde vereitelt durch eine auf dieselbe Stunde festgesetzte Sitzung des Plenums. Während der achtstündigen Augusttagung des Reichstages habe ich dann noch dreimal zu einer Ausschusssitzung einladen lassen. Alle drei Versuche scheiterten, da jedesmal die Vollversammlung auf denselben Zeitpunkt einberufen wurde, an dem der Ausschuß zusammentreten sollte. Es war für alle Ausschusssitzungen selbstverständlich, daß Ausschuß und Plenum (in dem die Dames-Belege beraten wurden) nicht gleichzeitig tagen konnten. Die Ausschusssitzungen fielen daher aus. Nach den von mir eingegangenen Erkundigungen bestand bei den Mitgliedern des Ausschusses ohne Unterschied der Partei auch nicht der Wunsch, während der am 30. August begonnenen Parlamentsferien alsbald Ausschusssitzungen abzuhalten, und bis zu dieser Stunde ist von keinem Ausschusssitzungstermin auf Einberufung des Ausschusses bei mir gestellt worden. Ich habe auch Grund zu der Annahme, daß die berufenen Vertreter des Reichsfinanzministeriums bisher nicht zu Ausschusssitzungen zur Verfügung gestanden würden. Der Ausschuß wird auf den frühesten tunlich erscheinenden Termin einberufen werden.

Dies der wahre Sachverhalt. Der vorurteillose Leser mag nun entscheiden, ob es sich bei der von der deutsch-nationalen Presse gegen mich gerichteten Verächtlichmachung um mehr handelt als um ein agrarisches Schwindelmanöver.

Die neue Städteordnung.

Inkrafttreten wahrscheinlich am 1. April 1925.

Der Bundtagsausschuß für die Verwaltungsreform beendigte am Mittwoch und Donnerstag die dritte Lesung der Städte- und Landgemeindeförderung. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion traten vergebens für die Befestigung des Bestätigungsrechtes bei der Wahl von Bürgermeistern und Stadträten ein. Auch die sozialdemokratische Forderung, die Bildung von Bürgermeistereien künftig nicht mehr von der Bestimmung einer qualifizierten Mehrheit des Provinzialparlaments abhängig zu machen, fand keine Mehrheit, und so wird es auch weiterhin besonders im Osten Preußens schwer sein, leistungsfähige Gemeinden zu leistungsfähigen Gemeinden überzuführen. — Die Städteordnung soll am 1. April 1925 in Kraft treten, und im Anschluß daran sollen ein halbes Jahr später Gemeindefürsorge in Preußen (auch in Berlin) durchgeführt werden.

Neue Opfer der KPD.

Leipzig, 18. September. (WZ.) Der fünfte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute das Mitglied der KPD, Kranzführer Heinrich Rasche aus Hamburg, der beschuldigt war, proletarische Hundstrecken ins Leben gerufen und sogenannte Terrorgruppen gebildet zu haben, die die Aufgabe hatten, Polizeibeamte zu überfallen, der Waffen zu berauben und nötigenfalls auch niederzumachen, wegen Vergehens gegen § 7, Teil 4 und 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik und Vorbereitung zum Hochverrat zu fünf Jahren Gefängnis und 800 M. Geldstrafe. Die Geldstrafe und 8 Monate der Freiheitsstrafe gelten als verbüßt. Bei der Strafverurteilung wurde dem Angeklagten zugute gerechnet, daß er aus freien Stücken ein Geständnis abgelegt hat.

Hannover, 18. September. (WZ.) Vor dem großen Schöffengericht in Hannover stand heute der kommunistische Bombenanschlag zur Verhandlung, der im Dezember vorigen Jahres auf das Regierungsgebäude verübt worden ist. Die Öffentlichkeit war während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Das Gericht verurteilte nach mehrstündiger Beratung den Angeklagten Tschler Karl Hubbert wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Freiverlust, Frau Hermine Meper und deren Tochter zu je 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, den Former Bruno Ebenfint zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und den Arbeiter Erich Scheffler zu 1 Jahr Gefängnis. Der Arbeiter Karl Scharfbeer wurde freigesprochen. Allen Verurteilten wurde die lange Untersuchungshaft angerechnet.

Erzberger-Mörder Schulz festgestellt.

Budapest, 18. September. (WZ.) Der Senat des Budapesters Staatsgerichtshofes hat heute mittig nach kurzer Beratung auf Grund der vom Offenburger Gericht zur Verfügung gestellten Beweise, sowie der Konfrontation zweier deutschen Kriminalbeamten mit dem Verhafteten sich dahin ausgesprochen, daß der in Budapest in Haft befindliche junge Mann, der sich Heinrich Förster nennt, mit Heinrich Schulz identisch ist, der des Mordes an Erzberger bezichtigt ist. Der Gerichtshof hat sämtliche Angelegenheiten der Staatsanwaltschaft übergeben, damit sie in der Angelegenheit der Auslieferung von Schulz einen Antrag stelle; auf Grund dieses Antrages wird der Gerichtshof dem Justizminister ein Gutachten unterbreiten, dem die Anordnung oder Verweigerung der Auslieferung zusteht.

Das Ende einer deutsch-nationalen Lüge. Das preussische Innenministerium hat dem Kölner Beigeordneten Meerfeld davon Kenntnis gegeben, daß der Oberreichsanwalt die Behauptung deutsch-nationaler Blätter, er habe gegen Meerfeld wegen seiner Londoner Reise ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, auf Anfrage des Ministeriums als unrichtig bezeichnet habe. Ein Verfahren gegen Meerfeld sei nicht anhängig gemacht worden.

Aphorismen über die Landschaft.

Von Armin T. Wegner.

Der Wanderer und die Landschaft.

Auf den Wanderer, der zum erstenmal eine Gegend erblickt, Berge, Wälder, das Meer, dringt die Landschaft wie etwas Uebermächtiges, oft Erdrückendes ein. Er kommt aus den Städten, von lärmüberströmten Straßen, ist gewohnt, Laufende von Menschen beieinander zu sehen, in freier Bewegung, umgeben von einem Rausch lautreicher Gespräche, Schreie, Vermäuschungen. Hier ist alles still. Massen gewaltiger Berge rufen aneinander; aber sie reden eine stumme Sprache, heere wandernder Bäume ziehen gedrängt die Abhänge hinauf; aber sie schweigen. So überkommt ein Kind das Wunder. Und auch die Dörfer, die Häuser reihen sich ein in dieses Bild der Landschaft; alles, was von Menschen verfaßt erscheint, was aus der Ferne gesehen misschwimmt in der großen Stille. Man denke an die nächlich verlassenen Straßen der Kleinstädte mit ihrer erhabenen Einsamkeit; es ist Furcht in diesem Genuß. Anbetung und Bewunderung, vor allem aber ein tiefes Ersauern. Wer hätte das nicht gefühlt, als er zum erstenmal unter die Kuppel der Peterskirche trat, als er zum erstenmal auf der Fels Spitze von Capri im Sonnenglanz zu ertrinken glaubte? Und in der Seele des schweigenden Wanderers wird dieses Bild der Landschaft über sich selbst hinauswachsen zu unendlicher Größe. Vielleicht liegt in diesem Zwiespalt zwischen dem Bild der Erinnerung und dem der Wirklichkeit die Enttäuschung begründet, die wir so oft beim Wiedersehen einer Landschaft empfinden. Und doch, wie arm sind wir, Kurzsichtige und Kurzhörige des Gefühls; denn dem bewußt Genießenden wird die ganze Tiefe einer Landschaft sich erschließen, erst wenn er kleiner wurde im Ersauern, stark genug, ein Atlas, das große Bild dieser Welt auf der Seele zu tragen, all die laufend Feinheiten auszukosten, die abseits und im Kleinen ruhen, wird er eindringen in die wahre Seele der Landschaft. So wird seine Freude wachsen, je länger er im Schauen weilt, bis zuletzt wieder das Uebermächtige vor ihm steht, nur tiefer erschaut in allem Unfassbaren und mit dem Schauer des Wertes wie in der ersten Stunde der Schöpfung.

Das Ewige in der Landschaft.

Es gibt Landschaften, bei denen wir die Empfindung haben, Unerwartetes wiederzusehen, auch wenn wir sie das erste mal betreten. Wenn erging es nicht so, als ihn die Gondel das erste mal an die Piazzetta von Venedig trug, als er durch die Städte und Wälder von Thüringen wanderte ... zum erstenmal auf den sonnenumfluteten Hügeln der Campagna sich verließ. Ist es uns nicht, als erblickten wir Kinderland wieder, trägt nicht alles das Antlitz einer Vaterstadt, in der wir unsere frühesten Jugend verlebten, nur daß es so lange her ist, daß wir es fast vergessen haben? Es ist etwas, das unsere Seelen schon erblickten — fast möchte ich

sagen, ehe wir geboren waren — etwas Ewiges in der Landschaft, das in unser Blut überging durch die Worte und Bücher unserer Vorfahren, durch die Werke unserer Künstler, Heimatsland, Kinderland auf dem Entwicklungsgange der menschlichen Seele, der Seele der Menschheit. Darum dieses Entzücken und Staunen, das Stehenbleiben, Sinnen und Umschauen, wenn wir eine solche Landschaft zum erstenmal erblicken, die Freude und auch die Begeisterung über dieses Wiedersehen — denn es ist ein Wiedersehen!

Das Buch in der Landschaft.

Wie oft lächeln wir über den Reisenden, der mit einem Buch in der Hand durch das Land fährt, scheinbar blind gegen die Schönheiten, die ihn umgeben. Aber ich meine, ein gutes Buch und eine schöne Landschaft sind ungetrenntlich; beide heben sich und wachsen an Wert durcheinander. Die Stimmung der Landschaft fließt von außen in das Buch hinein, wenn auch nicht in jedes — aber wie viele Bücher sind nicht im Freien erlebt und geschrieben! Die Landschaft, auf die wir beim Lesen eines Buches blicken, prägt sich tiefer in unser Gedächtnis ein als eine, die wir gedankengleichgültig durchwandern, so als Schritte wir niemals allein, sondern mit einem ständigen und doch unausdrücklichen Begleiter, mit dem wir Zwiesprache halten. Sie ist gleichsam durchseeltes, durchdachtes, und oft finden wir, wenn wir ein solches Buch nach Jahren wiederlesen, dieselbe Landschaft in unserer Seele wieder, und dieselbe Gegend tritt uns vor Augen. Es geht uns damit, wie mit geliebten Menschen; sie tragen die Spuren erlebter Wanderchaften, die wir mit ihnen durchkostet haben, immer im Antlitz ... und wie sollten wir müde werden, diese alle und uns vertraute Schrift immer wieder von neuem zu deuten?

Einsprigungen in Leonardos „Abendmahl“.

Das „Abendmahl“ Leonardo da Vincis, eines der größten Wunderwerke der Kunst, ist bekanntlich fast vollkommen zerstört. Um die letzten Reste vor der völligen Vernichtung zu retten, führt man in letzter Zeit interessante Maßnahmen durch, über die in dem von Adolph Donath herausgegebenen „Kunstwanderer“ berichtet wird.

Die Zerstörung des Wertes setzte bereits sehr früh ein, denn schon 1517, 20 Jahre, nachdem es gemacht war, wird berichtet, daß das Bild Leonardos Schäden aufweise, „ob durch die Feuchtigkeit in der Wand oder sonstiges Mißgeschick kann man nicht sagen“. Man schreibt heute den Verfall des Freskos sowohl der Feuchtigkeit wie der Bortiefe Leonardos für alle möglichen Malerfehler zu. Ueber die Feuchtigkeit heißt es im 17. Jahrhundert: „An Schrotkloagen wird das Bild so feucht, als ob der Regen es bespritzt hätte“. Die Wünsche von S. Maria delle Grazie zu Mailand, bei denen sich das Bild befindet, hatten einen Vorhang darüber gezogen, aber diese Schutzvorrichtung verschimmerte nur die Sache, da die Ausdünstungen auf die Leinwand zurückzuführen. Als dann die Franzosen bei der Besetzung Mailands durch Napoleon den Speisesaal als Stall benutzten und nach dem Bilde mit Schmutz und

Steinen warfen, wurde der Zustand noch bedauerlicher. Erst als man den Restaurator Luigi Cavenaghi mit der Rettung des Bildes betraute, gelang es, wenigstens den weiteren Untergang zu verhindern. Dadurch, daß elektrische Heizkörper in den Raum hinter dem Speisesaal angebracht wurden, und durch eine Durchbrechung der Wand, die dem Sonnensicht den Zutritt zu dem Bild gewährte, wurde die Einwirkung der Feuchtigkeit halt geboten. Nach Cavenaghis Tode aber war wieder guter Rat teuer, und jetzt hat man einen anderen hervorragenden Restaurator, Dreife Silberstri, mit der Fortführung der Arbeit beauftragt.

Silberstri verwendet, um die sich lösenden Bildteile auf der Wand zu befestigen, eine keine Kadelstift, wie sie die Kerze für Injektionen benutzten. Auf diese Weise wird durch Einspritzungen von Benzin erreicht, daß die Bildteile wieder an der Mauer festkleben. Wenn das behandelte Stück des Bildes dann ganz fest sitzt, so erfolgt die Restaurierung dieses Teiles, und mit dieser unsäglich mühsamen und langwierigen Methode gelingt es, das Gemälde wenigstens in seinem jetzigen Zustande zu erhalten. Seine ursprüngliche Schönheit wird niemals wiedergewonnen werden können.

Verstärkung des Staatsoperorchesters. Die Intendanz der Staatsoper schreibt uns: Die durch die Angleidung der „Oper am Königsplatz“ notwendig gewordene Verstärkung des Staatsoperorchesters auf 190 Künstler ist nunmehr beendet und die allmähliche Eingliederung der neu gewonnenen Kräfte in Geist und Stil der Kapelle vollzogen. Es ist daher jetzt die Möglichkeit geschaffen, künftighin den Doppelbetrieb in beiden Häusern ohne Einschränkung in einer dem Charakter der Werke entsprechenden Besetzung durchzuführen. Da es sich angeht, werden Opern, die eine ungewöhnlich starke Besetzung verlangen, wie „Ribelesergering“ oder die Werke von Richard Strauss, genau nach den Vorschriften der Partitur, ohne die bisher übliche Einschränkung des Streichkörpers, erklingen zu lassen, was zum vollen klanglichen Ausgleich der Instrumentengruppen wesentlich ist. Da der Orchesterraum der Staatsoper, der schon jetzt häufig zu eng, wichtige Gruppen unter der Bühne und in den Seitengängen aufzustellen, hierfür nicht ausreicht, wurde durch zeitweise Entfernung der ersten Parterrereihe der nötige Sitzraum geschaffen. Aus Rücksicht auf die Verpflichtung den Abonnenten gegenüber kann diese Neuerung jedoch nur bei besonderen Gelegenheiten, die außer Abonnement stattfinden, in Erscheinung treten, erstmalig in der Aufführung der „Bitterdämmerung“ am Sonntag, den 21. d. M.

Der Irrtum des „Civisfundes“ endgültig aufgeklärt. Der vom italienischen Unterrichtsminister mit den Nachforschungen über den angeblichen Viniusfund beauftragte Generalinspektor der Staatsarchive ist von Neapel nach Rom zurückgekehrt, wo er eine lange Unterredung mit dem Unterrichtsminister hatte. Die Nachforschungen und vor allem eine von di Martino im Neapeler Staatsarchiv unterzeichnete Erklärung ergeben, daß Martino im Neapeler Staatsarchiv ein bereits bekanntes Schriftstück vom 23. Dezember 1332 gefunden hat, in dem König Robert von Anjou befiehlt, daß dem Schreiber Vinius für die Abschrift von 10 Büchern des Titus Livius über den mazedonischen Krieg eine bestimmte Summe ausbezahlt werde. Da Martino augenscheinlich in mittelalterlichen

Vom Bürgerblock niedergeheht.

Genosse Leinert zusammengebrochen.

Hannover, 18. September. (WZ.) Oberbürgermeister Leinert hat einen schweren Nervenschlag erlitten, der ihn verläßt hat, auf längere Zeit ein Sanatorium aufzusuchen.

Von der Hege, die seit Jahren gegen Genossen Leinert im Gange ist, können sich Außenstehende nur schwer ein Bild machen. Im Landtag haben die K. A. B. und Genossen durch ihr Kesseltreiben ein Beispiel von der Art, wie man in Hannover gegen Leinert vorgeht. Dort verfolgte ihn neben K. A. B. auch der jüde Stadtdirektor Tramm mit seinem Haß. Dazu gesellte sich in den letzten Monaten das durch nichts gerechtfertigte und verwerfliche Haberdreibe des sogenannten Ordnungsblocks und der Hannoveraner. Die näheren Freunde Leinerts wußten schon seit langer Zeit, wie sehr diese ständigen ehrenrührigen Angriffe an den Nerven und an der Gesundheit des scheinbar so stark konstituierten Mannes zehrten. Der widerlichen Hege, die sich in den letzten Wochen in ihrer ganzen brutalen Gehässigkeit auslebte, war Genosse Leinert nicht mehr gewachsen. Er ist zusammengebrochen, und die Mannen vom Ordnungsblock mögen triumphieren: Wir haben es geschafft! Anständigen Menschen werden sich angewidert von diesem Schauspiel eines bis zur letzten Rohheit gesteigerten politischen Kampfes abwenden.

Leinerts Schreiben an den Ordnungsblock.

Der Oberbürgermeister von Hannover Genosse Leinert hat, wie wir schon meldeten, die Unterschrift unter den Pensionverträgen mit der Bürgerblockmehrheit zurückgezogen. Das Schreiben, das er zu diesem Zweck an den Magistrat der Stadt richtete, hat folgenden Wortlaut:

Aus Anlaß des mein Ausschiden aus dem Amte betr. Abkommens vom 2./4. September 1924 hat in der Öffentlichkeit und auch in der Presse eine derartig verletzende und einseitige Kritik eingeleitet, daß ich — zumal sie sich ausschließlich gegen meine Person richtet und mir unäultere und eigennütige Beweggründe unterstellt — gezwungen bin, folgende Erklärung abzugeben:

Das an mich gestellte, mich völlig überraschende Ansuchen, mein Amt zum 1. Oktober 1924 gegen Weiterzahlung meines Dienstvertrages zur Verfügung zu stellen, ist, das sei ein für allemal festgestellt, von den Vertretern des Ordnungsblocks und anderer rechtsgerichteten Gruppen ausgegangen.

Nachdem bereits durch das Abbauverfahren, insbesondere durch die verhängende Begründung des Abbaubeschlusses vom 4. Juli 1924 meine Nervenkraft auf eine harte Probe gestellt worden war, haben die Urheber des Vertragsangebots mich wissen lassen, daß sie den gegen mich im Gange befindlichen Kampf mit schärfsten Mitteln hemmungslos fortführen würden, und zu erkennen gegeben, daß sie nicht nachlassen würden, ehe sie ihr Ziel, mich zu beseitigen oder unmöglich zu machen, erreicht hätten.

Das Urteil über ein solches Verfahren, auf meine Entschlüsse einzuwirken, überlasse ich getrost allen gerecht und billig denkenden Kreisen.

Durch die mir gegenüber ausgesprochene Drohung war mir klar geworden, daß meine Gegner von der Rechtsmandatsgemeinschaft kein Mittel zur Durchführung ihrer politischen Machtansprüche unberücksichtigt lassen würden, wenn ich nicht auf ihr Angebot, dessen geldliche Tragweite für meinen damaligen Anschluß gänzlich bedeutungslos war, eingehen würde. Ich stand daher — das betone ich an dieser Stelle mit aller Schärfe — unter einem starken inneren, von der Gegenseite absichtlich erzeugten Zwang und habe unter diesem Druck, den die Gegner durch die Mitteilung von der Absicht eines neuen Abbaubeschlusses glaubten noch verstärken zu können, meine Unterschrift geleistet.

Nachdem ich am Sonnabend von einer Vorstandssitzung des Preussischen Städtetages, die mich vom 6. bis 12. d. M. von Hannover fernhielt, aus Gleiwitz zurückgekehrt war, habe ich aus der Presse und mir gemeldeten Berichten erkennen müssen, in welcher Weise sich die Vereinbarung ausgewirkt, insbesondere welche Be-

Schrittstufen nicht Bescheid wußte, so nahm er an, daß sich die Abschrift des Paulino nicht nur auf die zehn wohlbestimmten Bücher über den mozedanischen Krieg beschränkte, sondern sich auf das vollständige Werk des Titus Livius bezog. Martino machte dann mit unerklärlicher Leichtfertigkeit Freunden gegenüber die bekannten Angaben über den Fund. Professor Ruziczo veröffentlichte die Nachricht in einer Zeitschrift, ohne daß Martino sie demontierte. Jetzt hat er aber schriftlich zugesagt, daß er eine falsche Fährte verfolgt habe und förmlich alle seine früheren Behauptungen über das Vorhandensein von noch nicht herausgegebenen Büchern des Livius in Neapel zurückgezogen.

Französische Lehrer für Reform des Geschichtsunterrichts. In Lyon hielt kürzlich der circa 70 000 Mitglieder umfassende französische Landesverband der Lehrer seinen ordentlichen Kongress ab, auf dem u. a. die Frage des Geschichtsunterrichts eingehend behandelt wurde. Da der Anlaß zahlreicher Delegierter zufolge die Kinder der Primärschulen einem zu ausgiebigen Geschichtsunterricht nicht gewachsen sind und dadurch nur verwirrt und oft auf falsche Wege geführt werden, trat der Kongress dafür ein, daß im Geschichtsunterricht das Hauptgewicht auf die Zeit nach der Primärschule, d. h. auf den Fortbildungsunterricht gelegt werde. Die pädagogische Kommission des Verbandes wurde beauftragt, die nötigen Vorbereitungen für die Herausgabe folgender Lehrmittel auf Kosten des Landesverbandes zu treffen. 1. Für die Kinder der Primärschule eine kurze, einfache und leichtverständliche Geschichte des Menschen und des menschlichen Fortschritts, die nur den Zweck haben soll, das Interesse des Kindes für die Geschichte überhaupt zu wecken. 2. Eine ausführliche Geschichte der Menschheit für Erwachsene, der Haß gegen den Krieg, Menschlichkeit und Gerechtigkeitsliebe zugrunde liegen sollen.

Die internationalen Körperschaften werden in der Entscheidung aufgefordert, alles zu tun, um in allen Ländern den Geschichtsunterricht in diesem Sinne zu beeinflussen. Der Kongress beschloß, die Resolution auch dem Völkerbunde und dem Internationalen Arbeitsamt zu übermitteln.

Deutschlands Totengräber. In dem Werk „Völker und Trachten Europas seit dem Altertum“ sieht man, wie die „Rammbeimer Volksstimme“ feststellt, unter anderem einen Totengräber, angetan mit langer grauer Kutte, abgebildet. Auf einer Brusttafel trägt er als Zeichen seines Berufes ein großes Hakenkreuz. Dazu heißt es: „Totengräber in den Katakomben Roms zur Zeit der Christenverfolgung.“

Auf die Jetztzeit übertragen, müßte es also für unsere größten „deutschen“ Hakenkreuzler heißen: „Totengräber Deutschlands zur Zeit der Judenverfolgung.“

Der Kammerjäger Michael Bohnen ist an einer schweren Bluterkrankheit erkrankt, die er sich durch Verletzung mit einer rostigen Nadel zugezogen hat.

Vollstühne. Gusti Barlach's Drama: „Der tote Tag“, das leinertlich wegen eines Unfalls von Agnes Strindberg nach seiner Enttäuschung am Kreuz Volkstheater abgesetzt werden mußte, wird am 25. September in den Spielplan der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, übernommen. Unter der Regie von Paul Gänther wirken mit: Johanna Koch-Deurer, Karl Ludwig Käst, Herbert Böcher, Fräulein Roloff, Karl Gannemann, Armin Schmeijer, Bühnenbild: Leo Dohl.

urteilung sie gefürden und wie man sie zum Anlaß genommen hat, meine Person in verletzender Weise herabzumüßigen.

Ich will die Verleumdungen, die gegen mich und hinsichtlich meiner Beweggründe ausgestreut worden sind, aus Reinlichkeitsgründen hier nicht wiederholen. Sie beruhen darauf, daß man geflissentlich ausgebreitet hat, ich und nicht die Rechtsmandatsgemeinschaft hätte die Anregung zu dem Vertrage gegeben, ich hätte mich somit für Geld verkauft.

Es bedarf keiner Ausführung, daß es sich bei diesen Anwürfen um die gewissenloseste Ehrabschneiderei handelt, die einem Menschen, gleichviel in welcher Stellung er sich befindet, zugefügt werden kann. Ich bin keineswegs gewillt, mich hiermit widerprüchlos abzulassen.

Eine Widerlegung dieser Anwürfe in der Öffentlichkeit scheint mir nicht anders möglich zu sein, als daß ich nunmehr durch die Tat beweise, wie wenig Einfluß die in dem Vertrage gegenüber dem jetzigen Zustande mir zugebilligten Vorteile auf meine Entscheidung gehöbt haben.

Ich ziehe deshalb meine Unterschrift unter dem Vertrage vom 2./4. September 1924 zurück und halte mich nicht mehr an ihn gebunden.

Dieser Willenserklärung liegen lediglich die mit meiner persönlichen Ehre zusammenhängenden oben gekennzeichneten Momente zugrunde. Unberührt bleiben die sonst noch bestehenden materiellen und formellen Gründe, die wahrheitsgemäß ohnehin die Wirkungslosigkeit der von meinen Vertragsgegnern formulierten Vereinbarung zur Folge haben müssen; wobei im Augenblick die dem öffentlichen Recht angehörende Frage ungeprüft bleiben mag, ob die Vertreter der Rechtsmandatsgemeinschaft, die mir den Vertrag angeboten haben, zur Entgegennahme meiner Erklärung überhaupt legitimiert gewesen sind.

Ein Militärjustizskandal.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags über die politischen Morde konnte am Donnerstag die übliche Berichtigungsakt der Mehrheit nicht fortsetzen. Denn was im Falle von Czetzalla der Berichterstatter, Genosse Kuttner, enthüllte, ging selbst einem Teil der bürgerlichen Mehrheit auf die Nerven. Der Leutnant Czetzalla hat im März 1919 den Rentier Abrahamsohn, einen 63jährigen alten Mann, der seiner Besinnung nach bürgerlicher Demokrat war, und den deutschnationalen Klempnermeister Wallmann, einen eifrigen Anhänger der Monarchie, beide in der Holzmarktstraße zu Berlin wohnhaft, wegen Waffenbesitzes handrechtlich erschossen lassen.

Der Fall hat früher schon viel Aufsehen erregt. Das Studium der Akten ergab nun, wie der Berichterstatter feststellte, daß Czetzalla nach seinen eigenen, vor dem Untersuchungsgericht gemachten Angaben auf Befehl seiner militärischen Vorgesetzten, des Majors v. Bülow und dessen Adjutanten v. Bibo, alsbald flüchtig werden mußte. Zu diesem Zweck hat ihm der Zahlmeister des Freikorps Bülow ein volles Monatsgehalt und noch einige hundert Mark extra gezahlt. Nachdem dies geschehen, wurde gegen Czetzalla ein Haftbefehl erlassen! In den Akten wird nun scheinbar Czetzalla eifrig gesucht, in Wirklichkeit stand er mit dem Freikorps Bülow in engster Fühlung. Czetzalla sagt u. a. darüber selber:

Ich habe auch einmal an das Freikorps Bülow geschrieben, ob meine Wiedereinstellung nicht möglich sei, erhielt aber die telegraphische Antwort, daß dies vorerst nicht eingeht. Das Freikorps wußte also von mir selbst meine Adresse.

Czetzalla ist auch verschiedene Male persönlich beim Freikorps gewesen, um seine Angelegenheiten zu ordnen, hat auch bei einer dieser Gelegenheiten mit Major v. Bülow gesprochen. Dieser ließ ihm aber dann durch Hauptmann Gäde erklären, daß er ihn „nicht gesehen haben wolle“.

Mit Empfehlungsschreiben vom Freikorps Bülow ausgerüstet ging der nach wie vor unter Haftbefehl stehende Czetzalla nach und nach zu verschiedenen Freikorps und auch Reichswehrtruppenteilen, die ihn unbedenklich einstellten. Der Haftbefehl hinderte ihn auch nicht, sich landesamtlich trauen zu lassen und eine Familie zu gründen. Aber es sollte noch hunder kommen. Im April 1920 gelangte nämlich zu den Akten gegen Czetzalla ein Brief, der — wie ich ein Zeugnis — auf der Rückseite die volle Adresse des Czetzalla trug: Czetzalla, Holzminen, Hopfenstr. 26. Tatsächlich hat Czetzalla, wie sich nachweisen läßt, zu dieser Zeit dort gewohnt.

Nun war guter Rat teuer. Aber das Kriegsgericht des Garde-Kavallerie-Schützenbataillons wußte sich zu helfen. Es ersandte zwar, wie der Berichterstatter aus den Akten nachwies, pro forma an das Freikorps Bülow — also an die Stelle, die Czetzalla zur Flucht verschaffen hatte — eine Depesche, den Czetzalla zu verhaften. Das Freikorps Bülow reagierte nicht darauf, genau wie es das in ähnlichen anderen Fällen getan hat, wo derartige Weisungen oder Anfragen nach Tätern an das Korps gelangten. Damit ließ es auch das Kriegsgericht gut sein. Der Sachbearbeiter, Kriegsgerichtsrat Dangis begnügte sich, die Akten sich in möglichen Umständen wieder vorlegen zu lassen, ohne etwas anderes, als — die erneute Wiedervorlegung zu verfügen. Dies annuliert Spieltrieb er einen Monat lang, dann wurde es ihm über, und er tat überhaupt nichts mehr. Czetzalla blieb auf freiem Fuße. So sah die Ausführung eines militärgewaltigen Haftbefehls aus.

In eindringlichen Worten hielt Genosse Kuttner dem Ausschuss vor, daß es einen Sturm der Entrüstung erregen müßte, wenn der Ausschuss auch angesichts dieser Ungeheuerlichkeit sich hinter formalen Bedenken verschangen würde. Dies sah denn auch der Vorsitzende, der dem Zentrum angehörende Abg. Göbel ein und formulierte einen Antrag, die Akten Czetzalla dem Reichswehrministerium zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung zu überfenden. Das war gewiß nicht viel, aber immerhin ein Fortschritt gegen das bisherige, auch von der Zentrumspartei mitgemachte Verfahren des Ausschusses, sich in solchen Sachen einfach für unzuständig zu erklären. Doch kam es zur Abstimmung über diesen Antrag nicht mehr, weil durch die lebhaften Debatten die Zeit so vorgeschritten war, daß Vertagung der Verhandlungen eintreten mußte.

Vor dem Fall Czetzalla hatte der Ausschuss noch den Fall des Wachmanns Blumberg in Essen verhandelt, der den Magazinverwalter Steinicke angeblich auf der Flucht erschossen hat. Hier hatte das Oberlandesgericht Hamm das Verfahren eingestellt, obwohl ihm vorher ein Zeuge aus dem Kreis der Sicherheitsmännern dafür benannt worden war, daß die Erschießung des Steinicke abgekartetes Spiel gewesen war. Der Berichterstatter rügte namentlich, daß das Oberlandesgericht diesen Zeugen von vornherein für „unerheblich“ erklärt hatte, ohne sich die Mühe zu nehmen, ihn überhaupt zu vernehmen! — Die Ausschussmehrheit fand jedoch auch dies Verfahren durchaus in der Ordnung.

Gustav Mallewitsch, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender des Landesverbandes Pommeren der Deutschnationalen Volkspartei, ist gestorben. Er war von 1900 bis 1918 Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses, 1903 bis 1919 Mitglied des Reichstags, 1919 bis 1920 Mitglied der Nationalversammlung. Seit 1920 M. d. R. Sein Nachfolger wird der Rittergutsbesitzer v. Bigewitz-Rottow (Kreis Stolp).

Parmoor—Strefemann.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Die Affäre Parmoor—Strefemann beschäftigt immer noch die Presse des In- und Auslandes. Wir glauben, es ist besser, über die Angelegenheit jetzt zu schweigen, nachdem im Augenblick Klarheit über den wirklichen Sachverhalt doch nicht zu schaffen ist und die Reichsregierung sich tatsächlich bereit zeigen soll, den Eindruck ihrer Dementierkatastrophe durch ein Eintrittsgeld in den Völkerbund zu vertuschen. Immerhin geben uns Äußerungen der „Zeit“ erneut Anlaß, auf den peinlichen Verfall nochmals zurückzukommen. Das Blatt schreibt in seiner Donnerstagsausgabe u. a.:

„Der einfache Hinweis auf die Tatsache, daß damals diese Fragen (Völkerbund) in London nicht berührt worden sind, hat nun zu Erörterungen geführt, für die die Verantwortung allein dem „Soz. Parlamentsdienst“ zufällt. Man hat in Genf Lord Parmoor interpelliert und ihm vertrauliche Äußerungen, deren Wortlaut für die Presse nicht bestimmt war, mit der Frage vorgelegt, ob sie auch wirklich den Tatsachen entsprechen. Wir können uns nicht denken, daß das, was Lord Parmoor vielleicht in seiner freundlichen Art den Ausfragern geantwortet hat, wörtlich wiedergegeben worden ist.“

Die „Zeit“ würde gut tun, den indirekten Vorwurf des Vertrauensbruchs an die Adresse der Telegraphen-Union zu richten. Sie hat die „vertraulichen Äußerungen“ verbreitet und ihnen Eingang in die Weltpresse verschafft. Was z. B. in Deutschland als Meldung der Telegraphen-Union zu lesen war, konnte auch in Genf mit Quellenangabe vernommen werden. Dazu bedurfte es nicht erst eines Vertrauensbruchs des „Soz. Parlamentsdienstes“. Im übrigen aber dürfen wir der „Zeit“ versichern, daß sie wieder einmal falsch „denkt“, wenn sie annimmt, daß die Äußerungen Lord Parmoors nicht wörtlich wiedergegeben worden sind.

Das Auswärtige Amt hat sich inzwischen an den deutschen Botschafter in London mit dem Ersuchen gewandt, sich über die Affäre Parmoor—Strefemann zu äußern. Außerdem wurde die deutsche Gesandtschaft in Bern beauftragt, mit Lord Parmoor direkt Fühlung zu nehmen.

Deutschland und Völkerbunds-kontrolle.

Genf, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Völkerbunds-Kommission für militärische Angelegenheiten hatte einen Plan in Aussicht genommen, der die Schaffung eines militärischen Kontrollorgans des Völkerbundes für Bulgarien, Osterreich, Ungarn und Deutschland vorsah. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Kontrolle Deutschlands schon jetzt dem Völkerbund übertragen würde, wenn Deutschland im Völkerbund wäre. Wegen der sonderbaren Haltung der deutschen Regierung hat man den Plan aufgegeben. Es bleibt deshalb das Ergebnis der Kontrolle abzuwarten, ehe die Völkerbunds-kontrolle kommt. Eine entsprechende Entscheidung wird dem Rat in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Der Genfer Abrüstungsplan.

Genf, 18. September. (II.) Das „Journal de Genève“ veröffentlicht heute den sogenannten Abrüstungsplan, der die maßgebende Unterkommission in den letzten Tagen beschloß. Der Entwurf ist noch nicht endgültig, da er noch einer Nachprüfung unterzogen werden soll. Mit allem Vorbehalt seien daher folgende Gesichtspunkte hervorgehoben:

Die Unterzeichner erkennen ohne jeden Vorbehalt die Rechtmäßigkeit der Internationalen Gerichtshofes an; auch die Rechtsprechung des Rates ist verbindlich. Während schwebender Streitfragen kann der Rat Maßnahmen treffen, um einen Ausbruch von Streitigkeiten zu verhindern. Der Rat entscheidet mit Stimmenmehrheit. Der Rat kann internationale Kontrollkommissionen und Privatpersonen einsetzen, um jeden weiteren Fortgang des Konfliktes zu verhindern. Als Angreifer wird der Staat, der seine Streitfrage dem Schiedsgericht nicht unterbreitet und seinen Maßnahmen und Entscheidungen sich nicht unterwirft, betrachtet.

Sobald der Angreifer festgestellt ist, treten Sanktionen in Kraft. Die Verpflichtung jedes Mitgliedes des Bundes ist, sich loyal zu beteiligen. Die Unterzeichner dieses Vertrages verpflichten sich, durch wirtschaftliche Sanktionen dem argverletzten Staat zu Hilfe zu kommen. Der Rat beabsichtigt, einen Plan der wirtschaftlichen Blockade und der zu ergreifenden Maßnahmen aufzustellen. Der Rat kann die Erklärung der Staaten entgegennehmen, in denen die militärischen Streitkräfte festgelegt sind, die zur Ausübung der militärischen Maßnahmen zur Verfügung stehen können. Außerdem können die Unterzeichner Staaten, nachdem der Angreifer festgestellt ist, die Gesamtheit oder einen Teil ihrer Streitkräfte gemäß einer vorher abgegebenen Verpflichtung einsetzen. Die anderen Nationen dürfen die territoriale oder politische Unabhängigkeit nicht verletzen. Die Einführung entmilitarisierter Zonen wird empfohlen.

Die Unterzeichner verpflichten sich, an einer internationalen Abrüstungskonferenz teilzunehmen, die möglichst bald einberufen werden soll. Das Programm hierfür soll vom Rat vorbereitet werden. Wenn innerhalb einer festgesetzten Frist die Kommission noch nicht einberufen ist, oder der von ihr vorgelegte Plan weder angenommen noch ausgeführt ist, kann der Rat dieses feststellen, und jeder der unterzeichneten Staaten erhält seine Handlungsfreiheit wieder.

Genf, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeiter in der dritten Abrüstungskommission stoben, da die englische Delegation Anweisung erhalten hat, keine bindenden Abmachungen einzugehen. Besonders die Verfügungstellung der englischen Fotte für die Völkerbundsanktionen löst auf beständigen Widerstand. Die Abrüstungskonferenz soll diese Angelegenheit endgültig regeln. Das bereits mitgeteilte Beneß-Projekt soll die Grundlage für die Abrüstungskonferenz bilden.

Graf Kehler ist am Donnerstag nach Wildungen (wo sich der Reichstangler kurzzeitig aufhält) zur Berichterstattung gefahren.

Der Genfer Plan nur ein Vorentwurf.

Genf, 18. September. (WZ.) Eine amtliche Mitteilung des Völkerbundssekretariats nimmt zu dem heute morgen durch das „Journal de Genève“ veröffentlichten Text Stellung. Sie demontiert nicht die Authentizität des Textes, sondern erklärt nur, daß es sich um einen Vorentwurf handele, der dem Zwölferausschuß als Grundlage für seine Arbeiten unterbreitet wurde. Die Artikel des Entwurfes seien im Laufe der Diskussion geändert worden. Außerdem hätten alle das Schiedsverfahren betreffenden Artikel nur den Wert eines Schemas. Sie seien in den Vorentwurf nur aufgenommen worden, um später der endgültigen Artikel, die in der ersten Kommission ausgearbeitet würden, Platz zu machen.

Gewerkschaftsbewegung

Amsterdam—Moskau.

Bekanntlich hat der Russische Gewerkschaftsrat in einem Brief vom 26. Juli eine Konferenz vorgeschlagen, um zu einer Einigung zwischen Amsterdam und Moskau zu gelangen. Der Vorstand des IGB hat daraufhin folgendes Schreiben gesandt:

Amsterdam, den 11. September 1924.
Meine Genossen!

Unsere Vorstandssitzung vom 11. September hat sich mit Ihrem Brief vom 26. Juli beschäftigt und uns beauftragt, folgendes zu erwidern:

Der Wunsch, die organisatorische Einheit der Gewerkschaftsbewegung, für deren Spaltung wir nicht verantwortlich sind, wiederherzustellen, hat uns stets befeuert, und wir haben ihn auch wiederholt zum Ausdruck gebracht. Auch stimmen wir mit Ihnen darin überein, daß der immer schärfere Kampf zwischen Arbeit und Kapital nur erfolgreich sein kann, wenn die Kräfte der wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zusammengeführt werden und die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung hergestellt wird.

Es ist indessen nicht zu verkennen, daß zwischen der Taktik, die von Ihnen, und derjenigen, die von uns als grundlegend für die Gewerkschaftstätigkeit anerkannt wird, ein grundsätzlicher Gegensatz besteht, der über die Frage eines mehr oder minder radikalen Auftretens weit hinausgeht. Diese verschiedenen Auffassungen in Übereinstimmung zu bringen, dürfte nicht ganz leicht sein, aber wir wollen es mit all unseren Kräften versuchen.

Sedenfalls dürfte es nötig sein, bevor an die von Ihnen vorgeschlagene mündliche Verhandlung gedacht werden kann, schriftliche Unterlagen zu haben, die erkennen lassen, welche übereinstimmende Linie und welche gemeinsame Taktik möglich ist. Wir möchten Sie daher bitten, uns bestimmte schriftliche Vorschläge zu machen, damit wir beurteilen können, ob eine gemeinsame Grundlage gefunden werden kann.

Daß wir von unserem internationalen Gewerkschaftskongress in Wien einen scharfumschriebenen Auftrag für eventuelle Einigungsverhandlungen haben, ist Ihnen bekannt, doch kann diese Frage vorläufig beiseite gestellt werden. Daß wir als Vorstand in dieser wichtigen Angelegenheit keine über den in Wien erhaltenen Auftrag hinausgehenden bindenden Beschlüsse fassen können, ohne den Ausschuß und eventuell einen neuen internationalen Kongress zu befragen, brauchen wir wohl nicht besonders zu betonen. Ihrer Antwort sehen wir gern entgegen.

I. Dudgeest, Sekretär.

Die russischen Bolschewisten werden ihr Geschrei von der Einheitsfront — das sie praktisch handhaben durch Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie und durch systematische Verunglimpfung aller sozialdemokratischen Führer — nunmehr deutlicher umschreiben müssen. Sie werden insbesondere sagen müssen, wie sie sich die innere Disziplin und Einheit in den Organisationen denken und wie sie sich angesichts der Mehrheitsbeschlüsse, die ihnen gegen den Strich gehen, zu verhalten gedenken. Die „Einheitsfront“ als Sprengbombe, wie sie von den Kommunisten bisher gehandhabt wurde, dafür danken wir.

Internationaler Landarbeiter-Kongress.

Nach der Erstattung des Geschäftsberichts begrüßt der Vertreter des Internationalen Arbeitsrats in Genf, de Rode, den Kongress. Hierauf nahm der Kongress durch Morawitz, Oesterreich den Bericht über die Konferenz der Berufssekretariate im Juni v. J. entgegen.

In der nun einsetzenden Debatte über den Geschäftsbericht stellt Morawitz-Oesterreich fest, daß die Tätigkeit des bisherigen Sekretärs in der hauptsächlichen wegen der Finanzschwierigkeiten nicht befriedigen konnte. Der Kongress wird aus dieser Tatsache die notwendigen Konsequenzen ziehen müssen. Im übrigen berührte die Aussprache lediglich die Frage der Aufnahme der russischen Landarbeiterorganisation in die IAL. Man hielt den bisher vom Exekutivkomitee in dieser Frage eingenommenen Standpunkt für richtig und einigte sich auf die Feststellung, daß zur Wenderung dieses Standpunktes solange keine Veranlassung vorliegt, wie nicht die Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung eine andere Einstellung zu der russischen Gewerkschaft wähle.

Im Namen einer zur Prüfung der Finanzfrage in der IAL eingesetzten Kommission schlägt Boldi-Deutschland dem Kongress vor, den Beitrag an die IAL pro 1000 Mitglieder auf 20 Gulden für das Jahr festzusetzen. Betont wird hierbei, daß die Kommission diesen Antrag für notwendig hielt, um zu erreichen, daß das Sekretariat der IAL beweglicher wird und die Geschäfte derselben zuverlässiger erledigt werden. Der Kongress stimmte dem Vorschlag der Finanzkommission beifällig zu.

Nunmehr hört der Kongress ein Referat des Genossen Walker-England über die Frage der Mindestlöhne in der Landwirtschaft. Der Referent führte ungefähr folgendes aus:

Die Bondarbeiter sind mit die wichtigste Gruppe in der Arbeiterklasse. Trotzdem stehen sie aber in sozialer Hinsicht mit am schlechtesten da. Vor allem kommt das in den Wohnungs-

und Entlohnungsverhältnissen zum Ausdruck. Die ersten Versuche in England, Mindestlöhne einzuführen, wurden im Jahre 1906 gemacht. Im Jahre 1917 ging man dazu über, im Bande gesetzliche Körperchaften für die Regelung der Lohnverhältnisse in der Landwirtschaft ins Leben zu rufen. In ihnen waren die Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten. Beschlüsse dieser Körperchaften mußten durch einen in London bestehenden Zentralausschuß genehmigt werden. Durch die Arbeit dieser Körperchaften war es möglich, die Mindestlöhne von 16 auf 46 Schilling pro Woche zu erhöhen. Für Ueberstundenarbeit und für Arbeiten in der Erntezeit wurden besondere Lohnsätze vereinbart. Außerdem konnte ein halber freier Arbeitstag erzielt werden. Weiter war es möglich, die 70stündige Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden im Winter und 50 Stunden im Sommer herabzusetzen. Das Gesetz über die Schiedsaussschüsse sah eine schwere Bestrafung derjenigen Arbeitgeber vor, die sich weigerten, sich den Festlegungen der Schiedsaussschüsse zu fügen. Die ganze Einrichtung wurde hinfällig mit der Bildung der Koalitionsregierung. Vollständig gab die Regierung ihre Mitwirkung bei der Regelung der landwirtschaftlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse aber trotzdem nicht aus der Hand. Sie wahrte sich ein gewisses Mitbestimmungsrecht in diesen Dingen. Günstig ist die Bondarbeiterchaft hierbei keineswegs gefahren, weil die Löhne sich immer mehr gegenüber den alten Verhältnissen verschlechterten. Die Situation wurde erst wieder eine andere, seit wir in England eine Arbeiterregierung bekamen. Sie führte eine Regelung ein, die sich stark an die im Jahre 1917 bestandenen Zustände mit dem Unterschied anlehnte, daß jetzt im Gesetz kein bestimmter Minimallohn genannt wird. Die Verhältnisse haben sich seitdem zusehends gebessert. Die landwirtschaftlichen Unternehmer versuchen, wie in Deutschland, einen Keil zwischen die Arbeiterchaft des Landes und die der Industrie zu treiben. Die englischen Arbeiter sehen aber ein, daß nur der Zusammenhalt ihnen eine Stärke verleihen kann. Sie vertreten die Auffassung, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht Sache der Regierung oder irgendeines Gesetzes, sondern Sache der Organisation zu sein hat.

In der Diskussion wurde das Referat als ein wertvoller Einblick in die englischen Verhältnisse begrüßt und dabei zum Ausdruck gebracht, daß es Aufgabe der Sekretariate und des IAL sein müßte, Mittel und Wege zu finden, um den der IAL angeschlossenen Verbänden Berichte über die Verhältnisse in den anderen Ländern zu verschaffen. Beschllossen wurde, in dieser Sache das IAL zu beauftragen, zu untersuchen, wie sich dies am besten bewerkstelligen läßt.

Zum gestrigen Bericht ist noch nachzutragen, daß außer den bereits erwähnten Ländern noch vertreten sind: Oesterreich, Lettland und Schottland.

Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Moskauer Einheitsfront.

Wie aus Wien gemeldet wird, erhielten zehn Mann der sozialdemokratischen Ordnungswache schwere Verletzungen bei der Abwehr des Ansturms der kommunistischen Stoßtruppe gegen das Arbeiterheim, wo der 40er Ausschuß der Metallarbeiter und die erweiterte Vertrauensmännerkonferenz saßen. Das sind die Mitglieder der Einheitsfront, wie sie Moskau auffaßt.

Rekapitulieren wir ganz kurz die Dinge: Die Wiener Metallindustriellen teilten vor einigen Wochen dem Metallarbeiterverband mit, daß die Löhne um 15 Prozent abgebaut und die Arbeitszeit verlängert werden müßte. Die Verhandlungen scheiterten, so daß schließlich zum letzten Mittel, zum Streik gezwungen werden mußte. Die Unternehmer erklärten zwar, keine Lohnherabsetzung weiter vornehmen zu wollen, lehnten aber die Gegenforderungen auf eine 10prozentige Lohnherabsetzung ab. Genosse Seib, Bürgermeister von Wien, brachte die Parteien wieder zusammen. Die Unternehmer zeigten sich zunächst sehr hartnäckig. Sie wollten nur eine geringfügige Lohnzulage schließlich gewähren, aber die Provinzparteien davon ausschließen. Darauf setzte der Metallarbeiterverband einen Teil seiner Reserven ein. Die Elektricitätsarbeiter, die die innere Stadt mit Licht und Kraft versehen, lernten die Arbeit nieder. Das war nur der Anfang des verschärften Kampfes.

Unter dem Druck dieses äußersten Kampfmittels gaben die Unternehmer nach. Sie bewilligten eine Erhöhung der Mindestlöhne um 20 Proz. und der übrigen Löhne um 10 Proz. und zwar für sämtliche Arbeiter der österreichischen Metallindustrie. Der Kampf hatte also mit einem durchschlagenden Erfolge der Arbeiterchaft geendet. Hier setzte nun die kommunistische Aktion ein. Sie richtete sich gegen den Metallarbeiterverband, der diesen feigen Kampf geführt hatte. Sie versuchte, den Sieg der Arbeiter zu sabotieren. Das ist die Einheitsfront, wie sie Moskau versteht!

Tarifkonflikt in der Damen-Mahschneiderei.

Die Arbeitgeber in der Damenmahschneiderei wollten in den Werkstätten die Stücklohnarbeit einführen. Von der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes wurde dagegen Einspruch erhoben, weil nach den Bestimmungen des Tarifes nur für die Heimarbeiter die Bezahlung nach Stücklohn zulässig ist. Der Verband der Arbeitgeber wollte diesen Standpunkt nicht anerkennen, indem er erklärte, daß die Bestimmung nicht im Manteltarif enthalten sei. Das ist

an sich richtig; Tatsache ist aber gleichzeitig, daß in den Ausführungsbestimmungen zum Lohnstarif diese Abmachung enthalten ist. Die Unternehmer haben daraufhin das tariflich vorgesehene Schiedsgericht angerufen und da dieses Miene machte, über die Behauptung der Arbeitgeber Beweis zu erheben, zogen diese ihre Anträge zurück, kündigten aber gleichzeitig die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie forderten, daß in einem eventuell neu abzuschließenden Tarifvertrag der Stücklohn auch für Werkstattarbeiten festgelegt werden müsse und verlangten weiter, daß eine Abgeltung für nicht erhaltenen Urlaub nur in den Monaten April bis August stattfinden könne. Eine Funktionärkonferenz der Branche am 28. August stellte Gegenforderungen auf, die sich auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und auf die Feiertagsbezahlung, den Urlaub und die Ueberstundenabgeltung bezogen. Verhandlungen, die daraufhin mit den Unternehmern stattfanden, führten zu keinem Ergebnis, so daß die Arbeitgeber den Schlichtungsausschuß angerufen haben.

In einer Vollversammlung der Branche berichtete Faustmann, vom Bekleidungsarbeiterverband, über diese Tarifstreitigkeiten. Die Anwesenden waren sich darin einig, daß nach dem Ablauf des Lohnstarifes jede Stücklohnarbeit in den Werkstätten zurückgewiesen werden muß. Differenzen, die sich aus diesem Vorgehen ergeben sollten, sind sofort der Ortsverwaltung in der Sebastianstraße zu melden. Eine Versammlung am nächsten Dienstag, zu der auch Nichtmitglieder Zutritt haben, wird über das Ergebnis der Schlichtungsausschußverhandlungen Bescheid fassen.

Lohnbewegung der Hotelbetriebshandwerker.

Die Handwerker in den Berliner Hotelbetrieben hatten durch ihre Organisationen Mitte August an die Arbeitgeber den Antrag gestellt, ihren Wochenlohn, der jetzt bei 51 stündiger Arbeitszeit in der Spitze 40 M. beträgt, um 7 M. zu erhöhen. Die Arbeiter gingen dabei von der Erwägung aus, daß alle Berufe ähnlicher Art längst die Löhne haben, die die Betriebshandwerker erst für sich fordern.

Nachdem es die Unternehmer verstanden hatten, die Verhandlungen zu verschleppen, erklärten sie in der letzten Zusammenkunft, daß sie nicht in der Lage wären, der Forderung der Arbeiter zu entsprechen, ja daß im Gegenteil ein Abbau von 5 M. für den Wochenlohn von ihnen geplant sei. Nur ihrem Verständnis für die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiter wäre es zu danken, daß sie von diesem Abbau Abstand nehmen würden. Die Arbeitgeber wollten sich höchstens bereit erklären, den alten Lohn weiter zu zahlen. Sie ließen aber auch durchblicken, daß bei entsprechendem Entgegenkommen der Arbeitnehmerorganisationen bei den bevorstehenden Manteltarifverhandlungen sich über eine Lohnherabsetzung reden lassen könne.

Die Organisationsvertreter der Arbeitnehmer konnten selbstverständlich auf dieses Ansinnen der Unternehmer nicht eingehen, da nicht die Absicht besteht, sich Verschlechterungen im Manteltarif durch eine Lohnaufbesserung abkaufen zu lassen. Gestern abend waren im Rosenhofer Hof die Betriebshandwerker zahlreich versammelt, um einen Bericht des Lohnstarifrats, den Dietrich, vom Metallarbeiterverband, gab, entgegenzunehmen. Nach kurzer Aussprache beschloß die Versammlung, auf ihrer Forderung bestehen zu bleiben und den Schlichtungsausschuß anzurufen. Eine Versammlung in der kommenden Woche wird dann weiteres beschließen.

Die Schwerindustrie gegen die Ratifizierung.

Essen, 18. Septbr. (Eigener Drahtbericht.) Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer in Bochum beschäftigte sich mit den der deutschen Wirtschaft aus den Londoner Vertragsverpflichtungen entstehenden Lasten und nahm eine Entschließung gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens an, das Deutschland trotz erheblich belastenderer Kalkulationsvoraussetzungen gegenüber dem Ausland unter dem Zwang aller Arbeitsstellungen stellen würde. Die Arbeitszeit des deutschen Volkes dürfe weder international gebunden noch innerpolitisch zur Parität gezwungen werden. (Es wäre interessant zu erfahren, welches die belastenden Kalkulationsvoraussetzungen sind. Behauptungen sind noch keine Weise.)

Streik in der galizischen Naphthaindustrie.

Warschau, 18. September. (Z.) Im östgalizischen Naphtha-bezirk ist ein allgemeiner Streik ausgebrochen. Der Streik ist durch die Herabsetzung der Arbeitslöhne um 30 Proz. herbeigeführt worden.

Deutscher Verkehrsband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Sektion I, Branche Einzelhandel, heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftsbaus, Engelsufer 24-26, großer Saal, Versammlung mit Frauen. Das Erscheinen aller Kollegen Handelsreisende und -arbeitende liegt im eigenen Interesse.

Wetter für Berlin und Umgegend: Trocken, zeitweise heiter. Etwas kühler bei feuchten, wehlichen Winden. — Für Deutschland: Im Binnenlande trocken und Aufhellung. Im Küstengebiet noch wolfig.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. S. Fildner; Satire und Sonette: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. 62824 2 Beilage.

HERMANN Metz

BILLIGE LEBENSMITTEL

Fortsetzung des großen Handschuh-Verkaufs

Damen-Trikot feine Aufnaht **75** Pf.

Damen-Trikot halbgefüttert **75** Pf.

Schweden-imitation elegante Raupenaufnaht **1¹⁰**

Damen-Nappa weiches Leder, 2 Druckknöpfe **3⁹⁰**

Damen-Nappa weiches Leder, mit Riegelverschluss **4⁹⁰**

Damen-Stepper Ziegenleder, 2 Druckknöpfe **3⁹⁰ 4⁹⁰**

Herren-Nappa **3⁹⁰ 4⁹⁰**

Obst u. Gemüse

Möhren gew. ... 3 Pfund 10 Pf.

Weisskohl Pfund 4 Pf.

Holl. Wirsingkohl Pfund 4 Pf.

Holl. Rotkohl Pfund 4 Pf.

Kochblumen Pfund 6 Pf.

Kochäpfel Pfund 6 Pf.

Essigsal Pfund 13 Pf.

Tomaten Pfund 8 Pf.

Käse

Camembert Schachtel 28 Pf.

Romatouri Stanol, Stück 35 Pf.

Tilsiter Pfund 65 Pf.

Limburger Pfund 72 Pf.

Dänisch Gouda Pfund 82 Pf.

Steppenkäse Pfund 90 Pf.

Edamer Pfund 1,00

Schweizer Pfund 1,40

Schollen Pfund 15 Pf.

Schellfisch Pfund 15 Pf.

Seelachs L. S. M. 28 Pf.

Frisches Fleisch

Hammelvorderfl. ... Pfund **75** Pf.

Hammelrücken .. Pfund **80** Pf.

Hammeikeulen ... Pfund **90** Pf.

Kalbskamm Pfund **86** Pf.

Kalbsrücken u.-brust Pfund **94** Pf.

Schweinefleisch o. Bell. Pfund **1¹⁰**

Pökelschinken Pfund **1²⁵**

Wurstwaren

Delikatesssülze Pfund 55 Pf.

Hausm.-Leberwurst Pfund 1,10

Fleischwurst ... Pfund 1,05

Gr. Mettwurst ... Pfund 1,00

Mettwurst ... Pfund 1,25

ff. Leberwurst ... Pfund 1,35

Teowurst Pfund 1,50

1922" Oberh. 1/2 Fl. 10 Fl. **75 7⁰⁰**

1921" St. Mar-tiner 1/2 Fl. 10 Fl. **1⁷⁵ 16⁰⁰**

1922" Dürk. 1/2 Fl. 10 Fl. **1²⁵ 11⁰⁰**

1922" Pomerol-Bordeaux 1/2 Fl. 10 Fl. **1⁸⁵ 17⁵⁰**

Vorzügl. alter Tarragona 1/2 Fl. 10 Fl. **2²⁵ 20⁰⁰**

1921" Graves sup. v. Bordeaux 1/2 Fl. 10 Fl. **2⁵⁰ 22⁵⁰**

Johannis-beerw. 1/2 Fl. 10 Fl. **95 9⁰⁰**

Weinbrand 1/2 Fl. 10 Fl. **1¹⁰ 2¹⁰ 10⁰⁰**

Weinbrand 1/2 Fl. 10 Fl. **1⁷⁵ 3²⁵ 15⁰⁰**

Apfelw. 1/2 Fl. 10 Fl. **55 52 50**

Jamaika-Rum 1/2 Fl. 10 Fl. **1⁷⁵ 3²⁵ 15⁰⁰**

Die Weinpreise vorstehen sich ausschliesslich Flasche und Steuer!

Kriegsdebatten im Rathaus.

Das Kriegerdenkmal in Wilmersdorf. — Die Aufwertung der Sparguthaben.

In der Berliner Stadtoberordnetenversammlung gaben gestern zwei Beratungsgegenstände den Anlaß, sich des hinter uns liegenden Krieges und seiner schweren Folgen zu erinnern. Ein alter Antrag der sozialdemokratischen Fraktion betraf das zum Nachkrieg aufstachelnde Kriegerdenkmal in Wilmersdorf, das inzwischen bereits enthüllt worden ist. Was Genosse Dr. Weinberg hierüber und über die von demselben Geist erfüllte Enthüllungsfesterei sagte, wurde von den Fraktionen der Rechten mit Värm und schimpfenden Gegenreden beantwortet. Den Pazifismus, zu dem dieser entsehlende Krieg auch den wütendsten Kriegsheer endlich bekehrt haben sollte, möchten die Erbpächter des „wahren Deutschtums“ immer noch als „undeutsch“ brandmarken, aber es gelingt ihnen nicht mehr. Von dem Unglück, das der Krieg über das deutsche Volk gebracht hat, wurde nachher bei einem von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag zur Aufwertung der Anleihen und Sparguthaben geredet. Genosse Reuter hielt ihnen vor, daß gerade sie durch ihren langen Widerstand gegen wirksame Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft die zerrüttenden Folgen des Krieges noch gesteigert haben. Nicht für die Spekulanten, aber für die durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch um ihre Notgroschen gekommenen kleinen Sparrer müsse die Stadt schon jetzt etwas tun.

Die gestrige Sitzung eröffnete der Vorsteher Genosse Haß um 5 1/2 Uhr mit einem ehrenden Nachruf für den im Alter von 62 Jahren verstorbenen Stadtv. Bissing (Dp.); die Versammelten hörten den Nachruf stehend an. Für Bissing tritt Rechtsanwalt Kundt in das Kollegium ein. — Ein Dringlichkeitsantrag der Dp., der die Aufhebung einer Magistratsverordnung verlangt, wonach für das Pflegepersonal der städtischen Krankenhäuser in Erkrankungsfällen nicht besonderer Ersatz eingestrichelt, sondern die Vertretung durch das übrige Personal besorgt werden soll, wird nach dem Vorschlag des Vorkommensausschusses der Gesundheitsdeputation als Material zur Berücksichtigung überwiesen werden. — Dem Wunsch des Genossen Dr. Moses, jetzt Mitglied der Bezirksversammlung Tiergarten, auf Zuteilung an die Bezirksversammlung Mitte wurde entsprochen.

Die Vorlage Letz. Vergütungsneuregelung für die nebenamtlich tätigen Ärzte überwiegt die Versammlung der Ausschüßberatung und beschäftigte sich dann mit dem Projekt der

Errichtung einer Stadtbank.

welches vor dem betr. Ausschüß mit 11 gegen 4 Stimmen angenommen worden ist. Nach dem Bericht des Stadtv. Bamberg (Demokrat) hat der Stadtkämmerer das Projekt sehr warm befürwortet, und die große Mehrheit des Ausschüßes ist seinen Argumenten für ein Institut, das in erster Linie dem Kreditbedürfnis der Berliner Bevölkerung dienen soll, beigetreten. — In der zweiten Lesung zeigte sich, daß die Parteien der Rechten gegenüber der geplanten städtischen Gründung geteilter Meinung sind. Wie Dr. Leibig (Dp.) mitteilte, lehnte die Mehrheit seiner Freunde die Vorlage ab, da sie ein dringendes Bedürfnis dafür, daß die Stadt sich an die Stelle der vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte setze, nicht anerkennen könne. Auch der Wirtschaftsparteiler Müller-Franken lehnte das Projekt ab, da er in der Stadtbank lediglich eine neue Großbank erblickt und da eine solche dem Mittelstand der Personalkreise nichts nützen könne. — Genosse Bublitz behauptete das Bedürfnis einer Stadtbank, die ja tatsächlich seit Monaten bereits besteht und arbeitet und der durch die Vorlage nur die gehörige Form gegeben werden solle. Die speziellen Besorgnisse der Wirtschaftspartei seien unbegründet; durchschlagende Gegenargumente seien von keiner Seite vorgebracht worden. Lange (Z.) vermochte ebenfalls wenig von Bublitz die plötzliche Frontstellung derer um Müller-Franken gegen die Stadtbank zu begreifen, die doch gerade im Interesse des Mittelstandes das Privileg der Großbanken zu durchbrechen bestimmt sei. — Mit großer Mehrheit wurde die Vorlage genehmigt.

Genosse Dr. Borchardt berichtete über die Ausschüßverhandlungen zur Vorlage wegen

Unterstützung der Privatschulen

und privaten Mädchennittelschulen. Der Ausschüß ist sich dahin schlüssig geworden, der Ver.ammung vorzuschlagen, sofort in eine Nachprüfung darüber einzutreten, ob nicht infolge starker Einschulungen ein öffentliches Bedürfnis für das Bestehen der Privatschulen in der Stadt und Dr. Richter in Berlin, Kirstein, Boratius und Rude in Charlottenburg, Schönkorn in Schöneberg und das Elisabethgymnasium in Steglitz anerkannt werden muß; die Versammlung erwartete über das Ergebnis dieser Nachprüfung eine besondere Vorlage.

Ohne Diskussion beschloß die Versammlung nach dem Ausschüßantrage

zu einer kurzen Erörterung führte sodann die Frage der Organisierung der städtischen Baupolizei im Anschluß an den Magistratsantrag wegen Etablierung des Polizeivollzugsdienstes. Vom Ausschüß war Genehmigung anempfohlen; die Kommunisten ließen durch Kintorf die Ablehnung erklären und verlangten, daß der Magistrat die bezüglichen Funktionen gewerkschaftlich organisierter Bauarbeiter übertrage. Diefem Antrag trat Dr. Michaeß (Dem.) entgegen; er wurde abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Die Dringlichkeitsvorlage des Magistrats wegen des

Gemeinschaftsbahnhofs Hermannplatz

der Untergrundbahn soll nach dem von Hufschmidt begründeten Wunsch unserer Genossen, der von Koch (Dnalk.) unterstützt wurde, in einem Ausschüß vorbereiten werden. Die große Mehrheit beschloß demgemäß. Genosse Dr. Weinberg begründete den schon am 20. März eingebrachten Antrag Heimann, der den Magistrat ersucht, die Aufstellung des für Wilmersdorf geplanten Kriegerdenkmals zu verhindern, da dieses Denkmal in seiner Ausführung einen Appell an chauvinistische Instinkte darstelle, die mit dem in der Weimarer Verfassung proklamierten Geiste der Völkerverständigung in trassem Widerspruch stehe.

Das Denkmal ist bekanntlich am letzten Sonntag enthüllt worden.

Unter dem Värm und Gelächter der Rechten, die für diese Manifestation Unterstützung auch von der Tribüne erhielt, bemühte sich unser Redner, den Standpunkt der Fraktion darzulegen. Der aufreizende und völkerverbehernde Charakter des Denkmals stehe außer Zweifel; die Enthüllungsfesterei selbst habe unter dem Zeichen des Hakenkreuzes geschehen. Die Aufstellung sei nur möglich geworden, weil in die städtische Kunstdeputation ein diktatorischer Geist eingezogen sei. Da das Denkmal stehe, habe der Antrag seinen Zweck verloren, unter Zurückziehung des Antrags richte die Fraktion an den Magistrat die Anfrage, wie er in Zukunft zu verhüten gedenke, daß auf öffentlichen Straßen und Plätzen unter dem Deckmantel der Kriegererehrung Denkmäler aufgestellt werden, welche der Völkerverbeherung dienen.

Um der Aussprache den Fortgang zu sichern, nahm ausgerechnet Stadtv. Koch (Dnalk.) den zurückgezogenen Antrag wieder auf. (!) Nunmehr sprachen Kintorf (Komm.), der den Sozialdemokraten in ihrem Vorgehen heuchelei vorwarf, Dr. Caspari (Dp.), der die Kunstdeputation in Schutz nahm und der bestritt, daß irgendwelche Bezirks- oder städtische Rechte verletzt seien, Dose (Dem.), der auch an der Gestaltung des Denkmals nichts auszusetzen hat, Kimmel (Dnalk.), der den Antrag der Sozialdemokraten auf deren Befolgung zurückführte, daß das Volk sich einmal darauf besinnen könne, wie schlecht es in dem Weltkrieg gefahren sei. Es war dem Genossen Weinberg ein Lichtes, diese Gegnerschaft zu widerlegen, wobei auch das charakteristische Parierwort vom „Friedensgewinn“ nicht fehlte. Ueber den jetzigen Antrag Koch befragte Dr. Weinberg Uebergang zur Tagesordnung. Der deutschpöhlische Stadtv. Danck konnte es sich natürlich nicht verfallen, die Selbsteigentum zu benutzen, der Linken ihre „jüdisch-pazifistischen Instinkte“ vorzuhalten und sich in den wühesten chauvinistischen Superlativen zu ergehen. Natürlich steigerte er damit den allgemeinen Värm zum Tumult.

Als wieder einige Ruhe eingetreten war, legte Dr. Leibig (Dp.) Protest ein gegen die Art und Weise, wie eine Aktion zur Ehrung der Gefallenen von rechts und links durch parteipolitische Manipulation herabgewürdigt worden sei. Aber auch Herr Dr. Leibig hielt es für angemessen sich in diesem Zusammenhang an dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu reiben. Allen Ernstes leistete sich schließlich Frau Kauster (Dnalk.) ein geschäftsordnungsmäßiges Schlusswort zu einem Antrage, den ihre Fraktion lediglich um ihren gegenfälligen Standpunkt nach Herzenslust verfechten zu können, wieder aufgenommen hatte!

Die Erregung, die sich der Versammlung bemächtigt hatte, mochte sich noch in einer Reihe heftiger persönlicher Bemerkungen Luft, wobei wiederum Koch in antisemitischen Ausfällen erstaunliches leistete. Der Antrag wurde schließlich, nachdem der Zweck der Wiederaufnahme erreicht war, abermals zurückgezogen, und damit war für jetzt die Angelegenheit erledigt.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei vom 3. Juni ersucht den Magistrat, die Straßenbeleuchtung Berlins im allgemeinen des Nachts um mindestens eine halbe Stunde zu verlängern und die Beleuchtung einzelner besonders gefährdeter Straßen zu ergänzen, um so die Sicherheit in diesen Straßen mehr als bisher zu gewährleisten.

Nach längerer Aussprache gelangte dieser Antrag, sowie ein noch weitergehender der Demokraten zu Annahme. Am 24. Juni haben die Deutschnationalen Maßnahmen zur sofortigen Aufhebung der 3. Steuerrotverordnung gefordert und die Inangriffnahme der

Aufwertung der städtischen Anleihen und Sparguthaben

schon vorher vom Magistrat zu fordern, beantragt. Dr. Steiniger legte dar, daß in den drei seitdem verfloffenen Monaten die Notlage der Opfer dieser Verordnung sich bis zur Unerträglichkeit gesteigert habe. Kämmerer Dr. Kaeding gab zu, daß die Gemeinden sich für die Aufwertung einsehen müssen aber das Wie? und Womit? hänge nicht von den Gemeinden, sondern von anderen Faktoren ab. Der Schlüssel zur Lösung der Aufwertungsfrage liege in dem neuen Finanzvergleich zwischen Gemeinden Staat und Reich; eine einzelne Gemeinde könne damit nicht vorgehen ohne sich den größten Gefahren auszusetzen.

Dr. Leibig (D. Sp.) rügte, daß die Sparkassen nicht wenigstens in den letzten ärgsten Inflationsmonaten ihren Betrieb eingestellt haben, sondern fortführen, an dem geringen Spargut der Armen sich zu verfrachten. — Kämmerer Dr. Kaeding verwahrte sich gegen den Vorwurf, lediglich den „Kämmererstandpunkt“ vertreten zu haben; er habe sich im Gegenteil persönlich für eine möglichst starke Aufwertung eingesetzt, er sei aber auch verpflichtet, auf die obwaltenden gewaltigen Schwierigkeiten aufmerksam zu machen. Die unglückselige „Mündelsicherheit“, die durch die Inflation aus einem Segen in einen Fluch verwandelt wurde, habe auch die Sparkassen in ihren Bann gezogen. — Müller-Franken (Wirtsch. P.) stimmte fast durchweg dem Dr. Steiniger zu; der Stadt eine Rechtspflicht zur Aufwertung aufzuerlegen hielt er aber der Konsequenzen wegen für äußerst bedenklich. Dr. Michaeß (Dem.) konnte dem Antrag der Deutschnationalen in seiner kategorischen Form nicht die Zustimmung geben; die ganze Antragsform sei verfrächt und am unrechten Orte angebracht, der erste Teil sei daher abzulehnen. — Genosse Reuter konstatierte, daß auch die Sozialdemokraten keine Freunde der 3. Steuerrotverordnung sind; aber das Elend sei doch ausgegangen von dem

Widerstand der Rechtsparteien gegen die Sanierung der Reichsfinanzen.

und dieser Widerstand sei doch gerade von denen geleistet worden, die sich jetzt so eifrig für Wiederaufwertung bemühen. Mit rein agitatorischen Gesten sei überdies hier nichts zu erreichen. Ganz so einfach lägen die Dinge dem doch nicht, wie die Herren Deutschnationalen glauben machen wollten, daß sie nur in der Regierung zu sein brauchten, sofort die Fesseln der „jüdischen deutschen Republik“ wieder aufzumachen. In der Sparguthabfrage könne allerdings sofort etwas gesehen; auf die Klarheit vom Reiche her zu warten, würde denn doch zu lange dauern. Sehr erfreulich sei die Erklärung des Kämmerers, daß eine allgemeine, unterchiedslose Anleiheaufwertung nicht in Frage komme; man habe wirklich keinerlei Veranlassung, der reinen Spekulation unter die Arme zu greifen. Der Antrag sollte im Staatsausschüß gründlich durchgearbeitet werden.

Nachdem nochmals Dr. Leibig (D. Sp.) und Schwend (Komm.) dieser in ablehnendem Sinne gesprochen hatten, wurde nach dem Antrage Reuters beschloffen. Schluß gegen 10 Uhr.

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nergö.

18] Während sie auf Latten und Bretter loshämmerten, kam eine Dame mit prachtvoller Haltung und vorstrebendem Busen auf den Platz gebräust, gewölbt und schwelend wie ein vollgetakeltes Fahrzeug. Zehn Schritt hinter ihr folgte ein kleiner Herr mit goldner Brille und goldnen Tressen an der Mütze, und zehn Schritt dahinter wieder eine hagere junge Maid in den Dreifigern mit offenem Negermund und einem riesigen falschen Gebiß. Die ganze Flottille steuerte auf die beiden Knaben zu.

Es war die Frau Bürgermeister mit ihrem Mann und ihrer elternlosen Nichte, die unter den Leuten als Gesellschaftsdame galt und zu Hause als Stuben- und Küchenmädchen Dienste tat.

Die Frau Bürgermeister hatte den der Obrigkeit meist innewohnenden Drang, sich populär zu machen, und war eben im Begriff, anzulegen und die beiden Jungen gnädig anzusprechen. Als sie aber Thorvald erkannte, zuckte sie zusammen, als hätte sie in etwas Unanständiges getreten. Sie rechte sich auf wie eine Truthenne und segelte schnell weiter.

Thorvalds Anblick übte stets einen schlimmen Einfluß auf die Nerven der Frau Bürgermeister aus; er wirkte auf sie wie eine Aufforderung, laut zu schreien. Aber sie war eine Dame mit Bildung und wußte sich außer dem Hause zu beherrschen.

Doch als sie einen Blick auf ihre Tochter warf, konnte sie trotz allem angeborenen Anstand nicht verhindern, daß ihr ein kleiner Freiluftschrei entfuhr.

Das arme, arme, mißhandelte Kind, das eben nach einjähriger Verbannung heimgekehrt war und nun sogleich dem Anblick des frechen Burschen ausgesetzt sein sollte, der ihr ganzes Dasein vergiftet hatte. Was mußte sie nicht empfinden, wie mußte es sie quälen, ihren Büttel so nahe bei sich zu wissen! Warum hatte man ihn nicht für immer eingesperrt, wie sie vorgeschlagen hatte? — Die unglückliche, arme, mißhandelte Gerda!

Die Bürgermeisterin eilte hin, schloß ihren rotbäckigen Schatz in die Arme und fragte zärtlich bekümmert, ob sie nicht lieber nach Hause wolle.

„Nein, warum denn?“ erwiderte Gerda und sah sie lächelnd an.

„Quält es dich nicht? — Bist du nicht müde? — Du siehst so gefaltert aus!“

„Aber warum denn nur, Mutter?“

Die Frau Bürgermeister warf einen berechneten Blick nach Thorvald hin.

Gerda wurde rot.

„Doch, ich glaube, ich will mit dir gehen,“ erwiderte sie und nahm ihre Mutter unter den Arm.

Schweigend ging sie neben der Mutter her, ohne auf alles das zu antworten, was diese ihr erzählte, in der gutmütigen Absicht, die häßliche Erinnerung zu verjagen.

Fräulein Gerda betrachtete Thorvald nicht ganz mit den Augen ihrer Mutter.

Sie merkte recht gut die freundlichen Bemühungen der Mutter, aber es gab wirklich nichts Häßliches, das durch redseliges Geschwätz in Vergessenheit gebracht werden mußte. Sie konnte sich recht gut auf Thorvald besinnen, ohne daß sie ihn anzusehen brauchte, und die Freundinnen waren auch nicht so, daß sie sich vor ihnen hätte schämen müssen; also aus dem Grund brauchte die Mutter sie wirklich nicht vom Festplatz wegzuschleppen, wo sie sich so gut unterhielt.

Natürlich war es unrecht von ihr gewesen, das sah sie jetzt recht gut ein — auch weil er so ein armer, einfacher Bursche war. Aber sie waren damals ja Kinder gewesen, und außerdem war er doch der tüchtigste Junge im Städtchen. Und er hatte die ganze Schuld auf sich genommen und war geächtet worden, obwohl sie ganze zwei Jahre älter war und vielleicht, alles in allem, die Veranlassung gewesen war — — — Aber jetzt war er ein schöner Bursch geworden, und sie konnte es recht gut vertragen, ihn anzusehen, und bereute gar nicht — — —

Dem Bürgermeister war nichts Verdächtiges aufgefallen, weil er ganz damit beschäftigt war, die beiden Knaben dazu zu veranlassen, ihn zu grüßen. Er litt an monarchischem Ehrgeiz und hatte es sich zu seinem hohen Ziel gesetzt: bekannt zu sein und von allen begrüßt zu werden.

Sein Ehrgeiz bewog ihn, auf alle Menschen ein Auge zu haben, wenn er aus der Straße ging, aber er sah so schlecht, daß er die verschiedenen Bewegungen nicht recht voneinander unterscheiden konnte. Und wenn irgendein boshafter Lehrlinge die Hand an den Kopf führte und, statt zu grüßen, sich im Nacken juckte, dann lächelte und nickte der Bürgermeister seinem treuen Untertanen holdselig zu.

Er näherte sich also den beiden Jungen und räusperte sich, da sie keine Miene machten, aufzusehen. Als das nicht

wirkte, erließ er mit dünner Stimme irgendein Verbot, das in den Hammerschlägen ertrank, und zuletzt stocherte er dem Lars mit seinem Stock gereizt die Mütze vom Kopf.

Als die beiden Knaben sich endlich dazu bequemt hatten, „freiwillig“ die Mütze vor ihm abzunehmen, war er befriedigt und beehrte sich, seine Frau einzuholen, fortwährend in glücklicher Unkenntnis der verhängnisvollen Konstellation — dank seiner Kurzsichtigkeit.

„Du wolltest wohl Schwiegervater nicht grüßen,“ sagte Lars.

Thorvald pffif lächelnd; das war ein für allemal seine Form für ein Dementi.

„Hast du die Korvette gesehen? Die hat ein paar ordentliche Schwimmbatterien, was?“

„Ja, und einen Tiefgang achterwärts, du! Sie geht mindestens ihre zwölf Fuß tief.“

„Ach finde, sie liegt hoch. Sie sollte Schwimmschule abhalten, das sollte sie!“

„Da würden viele Rettungsmedaillen abfallen!“

„Ja, aber sie selber könnte doch nie ertrinken!“

„Gewiß, in ihrem eigenen Felt, Freunden.“

Die beiden Jungen belachten diesen Witz in guter Eintracht und machten sich wieder an die Arbeit, durch das Gepolter gestärkt und erbaut.

11.

Madam Frank lag auf dem Rücken im Bett und starrte auf den blauen Himmel und die leichten treibenden Wolken hinaus.

Eine Träne hing rittlings auf ihrem scharfen Nasenrücken, wie immer sie dahin gelangt sein mochte, und eine andere Träne kroch langsam die Wange hinab, den Vertiefungen folgend.

Sie war ganz matt, und sie hatte innere Schmerzen, besonders wenn sie sich bewegte.

Aber ihre Stimmung war so gut, wie sie jahrelang nicht gewesen war. Die fortwährende, zorndurchbebt Spannung war jetzt vorbei, sie war zusammengebrochen und hatte das angenehme Gefühl der Schwäche und einer Niederlage, wie der Ueberwundene es hat, wenn er sich müde gekämpft hat bis zum Tode.

Sie empfand selber, wie sich die Sehnen in ihrem Leibe, die viele Jahre hindurch trampfhaft gespannt gewesen, lösten, wie das Bittere und Verbissene aus ihrem Blut verflüchtete und die Züge in ihrem Gesicht sich beruhigten.

(Fortsetzung folgt)

Das Abbaufieber.

Die Bezirksversammlung Berlin-Mitte hat mit Unterstützung der Kommunisten den Abbau eines sozialdemokratischen Stadtrats mit 34 gegen 24 Stimmen beschlossen. Gemäß dem Beschluß des Magistrats vom 28. Juli soll Berlin-Mitte zwei Stadträte abbauen. Da die Stelle eines Stadtrats wegen Ueberalterung des bisherigen Inhabers bereits frei ist, so war ein zweiter Stadtrat zu bestimmen, der ausscheiden soll. Ein demokratischer Antrag forderte, die Stelle des in den Ruhestand getretenen Stadtrats neu zu besetzen und zwei Stadträte abzubauen. Es entspann sich also ein sehr heftiger Kampf, der aber durch die Mehrheitsverhältnisse zugunsten des sozialistischen Stadtrats entschieden wurde. Während Genosse Kiese als Fraktionsführer der SPD den Abbau eines bürgerlichen Stadtrats forderte und nachwies, daß dieser für die Stelle durchaus ungeeignet sei, und zwar an Hand eines umfangreichen Tatsachenmaterials, wurde der Abbau des SPD-Stadtrats mit der Begründung seiner Unfähigkeit gefordert, ohne daß man Unterlegen für diese behauptete Unfähigkeit beibringen vermochte. Hier offenbarte sich wieder der rein politische Charakter des Abbaues. Die bürgerliche Rechte und die Kommunisten hatten sich offenbar verständigt, wie sich bei der Abstimmung später herausstellte.

Nicht gegen einen Abbau an sich haben sich unsere Genossen gesträubt, weil Einsparnisse in der Verwaltung sehr wohl gemacht werden müssen und auch Stadträte dabei nicht gespart werden dürfen, aber gegen den Abbau von Arbeitervertretern haben sie sich mit aller Kraft zur Wehr gesetzt, leider ohne Erfolg, weil sie die Minderheit bilden.

Unangebrachte Entrüstung.

Im „Berliner Tageblatt“ behandelt der demokratische Stadterordnete Paul Michaels die Vorgänge, die sich, wie mitgeteilt, in der Neuwähler Bezirksversammlung bei Abbau des Bezirksamtes abgespielt haben. Wir wollen auf die Einzelheiten dieser Darstellung nicht eingehen, trotzdem sie von Unrichtigkeiten nicht frei ist. Wir wollen nur festhalten, daß der empfindliche Michaels es fertig bringt, über die Beschlüsse der Neuwähler Bezirksversammlung u. a. folgendes zu schreiben: „... Irrend eine Begründung dafür, weshalb sich die Mehrheit gerade für diese drei Stadträte entschieden habe, wurde von den Vertretern der Linken nicht gegeben. Sie verließen sich einfach auf ihre kompakte Mehrheit. Die Versuche der rechten Fraktion, in der Demokraten, Zentrumsmitglieder und Wirtschaftler zusammengeschlossen sind, eine Auswahl der abzubauenden Stadträte nach sachlichen Gesichtspunkten vorzunehmen, blieben erfolglos. Es ist aber nicht anzunehmen, daß es bei der gestrigen Entscheidung, die sich als ein rein politischer Akt (!) darstellt, und damit der Abbauverordnung ins Gesicht schlägt, kein Verwenden haben könnte. Jedenfalls hat die neue Fraktion bereits beschlossen, gegen die gestrige Entscheidung Einspruch zu erheben und auch die drei zum Abbau bestimmten Stadträte werden von den ihnen zu Gebote stehenden Rechtsmitteln Gebrauch machen.“ — Wir freuen uns, in Herrn Michaels einen so eifrigen Verfechter politischer Gerechtigkeit begrüßen zu können. Wir haben leider an anderer Stelle diese schätzenswerte Eigenschaft bei ihm und seinen demokratischen Freunden nur allzu sehr vermissen müssen. Aber was nicht ist, kann noch werden. Bisher hat Herr Michaels jetzt wirklich einmal dafür ein, daß die demokratische Fraktion im Rathaus nach Gerechtigkeitssichtspunkten und nicht als Glied des Bürgerblocks handelt. Oder glaubt Michaels vielleicht, daß es nur die Folge des bis zur höchsten Mäule entwickelten Gerechtigkeitssinnes gewesen ist, wenn im Berliner Rathaus mit demokratischer Hilfe Männer abgebaut wurden, denen Michaels selber in seinem Blatt das Zeugnis hat ausstellen müssen, daß sie sich in ihrem Amt durchaus bewährt haben. Wir empfinden diesen Appell an die Gerechtigkeit nach den Vorgängen im Rathaus jedenfalls als sehr unangebrachte Heuchelei.

Der lachende Dritte!

In der letzten Bezirksversammlung im Bezirk 10, Jeshendorf, fand nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten eine Aussprache über die Einwendungen, die Bürgermeister Dr. Köster und Stadtbaurat Krug gegen ihren Abbau geltend gemacht haben, statt. Die Einwendungen wurden zurückgewiesen und der Beschluß, die beiden Herren zum 1. Oktober d. J. in den Ruhestand zu versetzen, in erneuener Abstimmung mit der gleichen Mehrheit nunmehr endgültig wiederholt. Der ebenfalls zur Stellungnahme aufgeforderte Beamtenschaft hatte sich nicht geäußert.

Dann wurde die Neuwahl für die Bürgermeisterstelle vorgenommen; es lag nur der Wahlvorschlagn der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Schumacher, vor. Dr. Schumacher (Dnail) wurde am 1. November 1924 auf 12 Jahre zum Bürgermeister des Bezirks Jeshendorf gewählt. Die Volkspartei erklärte, auch sie habe Dr. Schumacher für durchaus geeignet, den Posten zu bekleiden, aber sie werde sich wegen des Benehmens der deutschnationalen Fraktion bei den Abbauverhandlungen am Wahltag nicht beteiligen. Dr. Schumachers Wahl erfolgte also einstimmig. Die Ersatzwahl für den Bürgermeisterstellvertreter wurde bis auf die nächste Bezirksversammlung, die voraussichtlich erst in 6 Wochen stattfindet, vertagt. Kandidaten für den Stellvertreter sind Stadtschulrat Dr. Sandt und Stadtbaurat Schürmeier, beides Mitglieder der Volkspartei. Unsere Fraktion hat auf Wunsch des Genossen Rattner darauf verzichtet, ihn für diesen Posten als Kandidaten aufzustellen. Am Schlusse der Versammlung ereignete sich eine Grabsche die schallende Heiterkeit erzeugte. (Vorausgesetzt sei, daß der Vorsitzende, Justizrat Dr. Meißner (Volkspartei), entschiedener Gegner des Gebrauchs von Fremdwörtern ist und bei jeder passenden und nichtpassenden Gelegenheit die Bezirksverordnungen in diesem Sinne schulmeister.) Der Volksparteiliche Stadterordnete Dankwart hielt eine tief elegische Rede an die Tribüne, in der er den Rückbau des Genossen Rattner bis in die letzten Einzelheiten der Verhandlungen zwischen seiner und den anderen Parteien so aneinanderklaute, daß schließlich kein Hund mehr von der deutschnationalen Fraktion einen Knackchen angenommen hätte. Nach ihm sprach der deutschnationale unbesoldete Stadtrat Hüge, der kurz und bündig erklärte, der ganze Meier und die Enttäuschung wäre nicht gewesen, wenn sich alle bürgerlichen Herren auf das Programm besonnen hätten, auf welches sie eigentlich feierlich gemahnt worden seien, nämlich auf den Bürgerblock. Da nahm als letzter unser Genosse Richard Dramert das Wort und sagte: „Darf ich den Herrn Vorsitzenden fragen, ob ich hier sagen darf: tertius gaudens?“ So schloß die ganze Angelegenheit, bei der unsere Fraktion der lachende Dritte sein konnte, mit gutem Humor.

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für den kommenden Monat bei dem zuständigen Postamt sofort zu erneuern.
Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Die verschwundene Frau.

Der Ehemann des Mordes verdächtig.

Das geheimnisvolle Verschwinden einer Frau beschäftigt die Kriminalpolizei. Seit Juli 1924 ist die 47 Jahre alte Frau Anna Beyer geb. Weihen, die in der Holzmarktstr. 66 wohnte, verschwunden. Seit dieser Zeit wurde sie nicht mehr von den Hausbewohnern gesehen. Auch auf ihrer Arbeitsstelle in einem Lokal der Friedrichstraße, wo sie Aufwarterin war, fehlte sie. Es wurde damals von dem Verwalter des Hauses eine Anzeige bei der Vermittlungszentrale gemacht. Trotz aller Nachforschungen konnte nichts Genaues über den Aufenthalt der Frau ermittelt werden. Allmählich stieg der Verdacht auf, daß der Mann, der 54 Jahre alte Arbeiter Karl Beyer, um das Verschwinden seiner Frau wisse. Jetzt wurde er nun in polizeilichen Gewahrsam genommen. Beyer selbst war seit jener Zeit nicht mehr ständig in der Wohnung in der Holzmarktstraße. Nur ab und an kam er dorthin, um, wie er sagte, die für ihn evtl. eingegangenen Briefe abzuholen. Er selbst nächtigte, wo sich ihm gerade Gelegenheit bot, oft auch im Obdach. Mieter wollen vor dem Verschwinden der Frau — ein genauer Tag konnte bisher noch nicht angegeben werden — einen schweren Fall und dann langanhaltendes Wimmern gehört haben. Bei der Durchsichtigung der Wohnung fand man Spuren am Lampenschirm, am Ofen und am Kochherd, die wahrscheinlich Blutspuren sind. Diese sind jetzt erst zur chemischen Untersuchung eingehandt worden. Das Verhältnis zwischen den beiden Ehegatten war in der letzten Zeit sehr getrübt. Es war auch oft Rot im Hause. Beyer arbeitete nur gelegentlich, und seine Frau, die zwar sehr fleißig war, aber an Trunksucht litt, steuerte darum auch nicht viel zum Haushalt bei. Erst die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei werden in diese bis jetzt noch dunkle Angelegenheit Klarheit bringen. Frau Beyer war 1,56 Meter groß, sie hatte einen wackligen Gang und trug, besonders auffallend beim Gehen, den Leib stark vorgebeugt. Mittelstimmig nimmt Kriminalkommissar Dräger im Polizeipräsidium entgegen.

Unter dem Verdacht, ihren Geliebten ermordet zu haben, wurde gestern Abend die 44 Jahre alte Frau Eise Jedert festgenommen. Wie noch erinnert sein dürfte, wurde am Sonntag in seiner Wohnung in der Wollteichstr. 9 in Legelort der 39 Jahre alte Werkzeugmeister Rau mit Gas vergiftet aufgefunden. Schon damals ließen die näheren Umstände einen Selbstmord ausgeschlossen erscheinen. Aus einer blinden Zeitung, die in das Zimmer mündete, war das Gas herausgefunden, das seinen Tod herbeigeführt hat. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß die blinde Zeitung erst vor wenigen Tagen mit einem Korkstopfen, der ebenfalls frische Schnittfächer zeigte, verschlossen worden war. Der vorchristliche Gipsbüffel, den Gasarbeiter dort angebracht hatten, mußte von unbefugten Händen kürzlich entfernt worden sein. Er ist nicht mehr zu finden. Diese und andere Tatsachen lassen darauf schließen, daß es sich hier um ein Verbrechen handelt. Frau Jedert bestreitet aber noch jede Täterschaft. Personen, die über das Zusammenleben der beiden irgendetwas Auskunft erteilen können, werden gebeten, sich bei Kriminalkommissar Braschewitz im Polizeipräsidium zu melden.

Ein Radfahrer fand an dem Wege Cadom, Neu-Bliesville im Gebiete der Staatsforst Neuborf bei Dossow einen Mann an einem Baume erhängt auf, der als der 48 Jahre alte Kaufmann Louis Diehner aus Demmin in Pommern festgestellt wurde. Ob ein Raubmord oder ein Selbstmord mit nachträglichen Leichenraub vorliegt, ist bis jetzt noch nicht geklärt. Bisherige werden die Prüfungen der häuslichen und geschäftlichen Verhältnisse des Toten einen Anhalt für die weiteren Ermittlungen ergeben.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 19. September.
Tageseinstellung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeiteisens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
4.30—5 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle).
1. Orchester, Per Lassen. 2. Ouvertüre zu „Athalia“, Mendelssohn-Bartholdy. 3. Schwert und Leier, Walzer, Josef Strauß.
4. Florentiner Intermezzo, Waghalter. 5. Fantasia aus der Oper „Lohengrin“, R. Wagner. 6. Valse Papillon, Priml. 7. Tres Dances Nell Gwyn, German. 8. Hoch Heidecksburg, Marsch, Horaz.
7 Uhr abends: Vortrag des Herrn Paul Oskar Becker: „Die Amerikanerin als Hausfrau“. 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Chefredakteur und Oberingenieur Siegfried Harumann: „Was die Eisenbahn Neues bringt“. 8.30—10 Uhr abends: Skandinavischer Abend. 1. Peer Gynt Suite I, Grieg (Die Berliner Funkkapelle). 2. a) Jahrelang möcht' ich so dich halten, Sjögren. b) In Johanneknächten, Stenhammer. c) Adagio, Stenhammer. d) Gold und grüne Wälder, Stenhammer (Carin Ederberg, Göteborg). 3. Asos Tod aus „Peer Gynt“, Ibsen (Leo Menter, Rositation). 4. Andante molto tranquillo, aus der Cellosonate, Grieg (Hermann Hopf). 5. Schwedische Volkslieder: a) Ach Wemeland, b) Glaubst du, daß ich verloren bin, c) Am Tage gedenk' ich deiner, d) Der Schweinehirt (Carin Ederberg, Göteborg). 6. Aus „Ein Traumspiel“, Strindberg (Leo Menter, Rositation). 7. a) An den Frühling, Grieg. b) Hochzeitstanz auf Trollhaugen, Grieg (Die Berliner Funkkapelle). Am Steinway-Flügel: Otto Urack. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten.

Die Ermäßigung der Fernspreckgebühren.

Am 1. Dezember d. J. sollen Ermäßigungen der Fernspreckgebühren in Kraft treten. Die Ortsgesprächgebühr, die augenblicklich 15 Pf. beträgt, wird bei den ersten 100 Gesprächen 15 Pf. betragen, bei 100 bis 200 Gesprächen 14 Pf., bei 200 bis 300 Gesprächen 13 Pf., bei 300 bis 400 Gesprächen 12 Pf., bei 400 bis 500 Gesprächen 11 Pf. Für jedes weitere Gespräch 10 Pf. Der neue Tarif ist so gestaltet, daß die Ermäßigung insbesondere den Bieleprechern zugute kommt. Ferner werden die Ferngespräche über 200 Kilometer ermäßigt. Bei 200 bis 300 Kilometer soll die Gebühr betragen statt 2,25 2,10, bei 300 bis 400 Kilometer statt 2,70 2,40, bei 400 bis 500 Kilometer statt 3,15 2,70, bei 500 bis 600 Kilometer statt 3,60 3,00, bei 600 bis 700 Kilometer statt 4,05 3,30, bei 700 bis 800 Kilometer statt 4,50 3,70 R. Bei großen Entfernungen beträgt die Ermäßigung 2,6 bis 18 Proz. Bei Telegrammen tritt keine allgemeine Ermäßigung ein. Es ist beabsichtigt, das Briestelegramm mit einer Wortgebühr von 10 Pf. einzuführen. Bei Auslands-telegrammen wird der Umrechnungssatz des Goldfranken von 90 auf 85 herabgesetzt.

Neuausgabe des Berliner Fernspreckbuchs.

Die Postverwaltung beabsichtigt, möglichst im Januar 1925 ein neues Fernspreckbuch für Berlin und Umgegend herauszugeben. Mit den Vorarbeiten zu dieser Neuausgabe ist bereits begonnen worden. Anträge von Teilnehmern auf Veränderung oder Streichung von Eintragungen können nur noch dann Berücksichtigung finden, wenn sie spätestens bis 10. Oktober bei dem zuständigen Fernspreckamt vorliegen. Etwasige Wünsche sind daher bis zu diesem Zeitpunkt an diejenige Vermittlungsanstalt zu richten, an die der Teilnehmer angeschlossen ist. Ganz besonders wird darauf hingewiesen, daß die Teilnehmer, die bereits wegen unzulässiger Bemerkungen ihre Eintragungen ändern oder kürzen mußten, neue Anträge nur dann stellen dürfen, wenn der Verstoß oder die Geschäftsbezeichnung inzwischen geändert hat. Sofern Einsprüche gegen die Streichung der unzulässigen Angaben zu erheben sind, sind sie möglichst umgehend, spätestens bis 1. Oktober, anzubringen, weil sonst angenommen wird, daß Einwände von den beteiligten Teilnehmern nicht gemacht werden.

Rügen-Geister kneift.

Auf den Offenen Brief, den die Ortsgruppe Eichwalde des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Frage des angeblichen Handreichs beim Reichsbanner an den Führer der Vereinigten Vaterländischen Verbände, Reichstagsabgeordneter Geister, gerichtet hat, verbreitet die B.S.-Korrespondenz eine Erklärung des in Eichwalde wohnenden „Abgeordneten“ Geister, in der er es für unter seiner Würde hält, der Einladung zu entsprechen. Dann häuft Rügen-Geister auf die alten neue Beschimpfungen des Reichsbanners. Mit einem Wort, dieser Oberhef der RWB tut das erbärmlichste, was man sich denken kann: er kneift. Jedes weitere Wort über diesen Feigling erübrigt sich.

Zwei tödliche Verkehrsunfälle.

Die 17jährige Charlotte Müller aus der Gryphusstr. 1 in Charlottenburg wurde auf der Kreuzung Oberwallstraße-Platz am Zeughaus durch die elektrische Kraftdroschke IA 7996 überfahren. Das rechte Vorderrad ging ihr über beide Oberschenkel, das linke Hinterrad über die Brust. Man schaffte die Bewusstlosige nach der Klinik in der Jägerstraße, wo aber keine Hilfe mehr möglich war. Das junge Mädchen starb den Verletzungen unter den Händen. — Auf dem Steintiner Güterbahnhof wurde um 8 Uhr vormittags ein bisher noch unbekannter Mann beim unbefugten Betreten des Güterwagens von einem abgestoßenen beladenen Güterwagen überfahren und auf der Stelle getötet. Die Füße trennten ihm beide Beine vom Rumpf und rissen ihm den Leib auf. Der Mann, der feinerlei Papiere bei sich hatte, ist etwa 1,65 Meter groß, 50 Jahre alt und von sportlicher Figur. Er hat dunkelblondes Haar, blaue Augen, vollständige Zähne. Bekleidet war er mit einem grauen Sackanzug, grauer Stoffhose, gelben Stiefeln, Einjahmbrod, Gummikragen und grünem Strickbinder. Die Leiche wurde dem Schauhaus übergeben.

Kleingarten-Ausstellungen.

Der Bezirksverband der Kleingartenvereine der Verwaltungsbezirke Charlottenburg und Tiergarten veranstaltete vom 14. bis 16. September d. J. in der Turnhalle der 29. Gemeindefeste, Kaiserin-Augusta-Allee Ecke Bismarckstraße, die dritte Bezirksausstellung selbstgezeugener Gartenerzeugnisse. Die von den Mitgliedern durchaus gutbesuchte Ausstellung wurde nach kurzen einleitenden Worten des Vorsitzenden Eigenhoff durch den Genossen Stadtrat Karner mit einer Ansprache eröffnet. Ein Teil der ausgestellten Gartenerzeugnisse sollte an alte und arme Leute der Stadt als Spende überwiesen werden. — Im Birkenwäldchen in der Montrosselstraße zu Tempelhof eröffnete der Bezirksverband der Kleingartenvereine seine erste Ausstellung. Die zur Schau gestellten Obstsorten, Gemüse usw. zeugten von Fleiß, Ausdauer und dem Bestreben, nicht hinter Fachleuten zurückzufallen. Besonders auffallend sind hochwertige Erzeugnisse ganz junger Kolonien. — Auch die 2. Gartenbau-Ausstellung des Bezirks Norden II in Pankow bot einen erfreulichen Anblick. Ausgestelltes Obst und Gemüse, Früchte anderer Art hatten wohl die Konkurrenz großer Fachausstellungen aus.

Die Sendung

(Die neue Rundfunkwoche)
Preis unverändert
10 Pfg.

„Die Sendung“ enthält alle Programme sämtlicher deutscher Sender, sowie reichhaltigen Text, Bücherbesprechungen und Briefkasten. Heute neu zu haben in allen Kiosken und im Straßenhandel.
Nach auswärts Probenummern kostenlos durch den Verlag Hermann Reckendorf, Berlin W 33.

Seit 40 Jahren
bewährt sind

Maggi's Suppen

Vollendete Qualität. 25 verschiedene Sorten.

Ein Würfel zu 12 Pfennig reicht für 2 Teller.



MAGGI'S SUPPEN, 2 Teller

22 Morde Haarmanns nachgewiesen.
Er erinnert sich nicht.

Dem Massenmörder Haarmann sind jetzt 22 Morde durch den Untersuchungsrichter nachgewiesen worden, und zwar teils durch die vorgefundenen Knochen und Kleidungsstücke, teils durch das Geständnis Haarmanns. Die Geständnisse des Massenmörders bestehen allerdings vorwiegend in der Erklärung: „Es ist möglich, ich erinnere mich nicht.“ Wie bereits gemeldet, befindet sich Haarmann gegenwärtig in der Universitätsklinik in Göttingen. Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Schulze, dem diese Anstalt unterstellt ist, und der Gerichtsarzt beim Landgericht Hannover, Med.-Rat Dr. Brandt hatten in Uebereinstimmung mit dem Verteidiger Haarmanns, A. A. Frey-Berlin den Antrag gestellt, Haarmann zur Beobachtung seines Geisteszustandes in einer Irrenanstalt unterzubringen. Ueber die bisherigen Ergebnisse der Beobachtung wird vorläufig noch Still-schweigen gewahrt. Durch die Unterbringung Haarmanns in der Irrenanstalt ist das Ermittlungsverfahren jedoch nicht unterbrochen worden. Der Untersuchungsrichter in Hannover ist bereits zu wiederholten Malen in der Personenklinik erschienen, um Haarmann zu den neuauftauchenden Fällen eingehend zu vernehmen, da der dringende Verdacht besteht, daß Haarmann noch mehr Blut-taten prägt hat, als ihm bisher nachgewiesen werden konnten. Die Untersuchung wird mit der größten Beschleunigung weiter geführt. Ende dieses Monats wird die Beobachtung des Geisteszustandes ihr Ende erreichen, und Haarmann wird in den ersten Tagen des Oktober wieder in das Untersuchungsgefängnis in Hannover übergeführt werden.

Vom Amerika-Zeppelin.

Die Vorbereitungen für den Atlantik-Flug.

Friedrichshafen, 10. September. Wie bereits gemeldet, mußte der Termin für die große 30stündige Probefahrt des Z. N. 3 (wobei auch Berlin berührt wird) aus meteorologischen und technischen Gründen um etwa 6-8 Tage verschoben werden, und damit verzögert sich nun auch die Abfahrt des Luftschiffes nach Amerika. Die meteorologischen Ausichten sind im Augenblick nicht gerade erfreulich, denn das über dem Atlantik hartnäckig lagernde Tief, dessen Ausstrahlungen für Mittel- und Südeuropa Regen, Gewitter und starke Winde brachten, will nicht weichen. Man muß sich also endgültig mit dem Gedanken vertraut machen, daß der große Flug von Kontinent zu Kontinent nicht vor Oktober unternommen werden kann. Ob diese Fahrverzögerung eine Erhöhung der Chancen für das Gelingen des Unternehmens bedeutet, läßt sich schwer sagen, weil in diesem Punkte die Ansichten selbst der berufensten Sachverständigen auseinandergehen. Vieles wird davon abhängen, ob man angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit noch an dem ursprünglich in Aussicht genommenen nördlichen Kurs, der etwas südlich der Dampferlinien verläuft, festhalten und dabei eventuell auch schwereres Wetter mit in Kauf nehmen will, oder man es nicht vorziehen wird, im Schutze des stetigen Passats den Atlantischen Ozean zu überqueren. Alle diese Fragen beschäftigen den Kommandanten des Z. N. 3 und seinen Stab tagtäglich. Auf diesem Gebiete der meteorologischen Wissenschaft wird in Friedrichshafen mit den modernsten Hilfsmitteln gearbeitet. Neben den wissenschaftlichen Arbeiten laufen die technischen Vorbereitungen in der riesigen Halle II, in deren Schutze der Amerika-Zeppelin liegt, ohne Unterbrechung fort. Man will nach der großen Nordlandfahrt, um ganz sicher zu gehen, alle 5 Rotoren des Luftkreuzers noch einmal aus-einandernehmen und von Grund aus überholen. Dabei soll die 30stündige Fahrt gen Norden die Generalprobe für die Rekonstruktion der Manbach-Rotorenwerke werden. Halten die Rotoren auf dieser Fahrt, auf der mit voller Kraft gefahren wird, störungslos durch, dann ist anzunehmen, daß sie auch die Ueberfahrt nach Amerika glatt bestehen werden. Einiges Kopfschütteln wird freilich noch die Frage der Brennstoffversorgung des Z. N. 3 machen. Die bisherigen Probefahrten haben gezeigt, daß jeder der 400 PS Rotoren in der Stunde rund 50 Liter Benzin und drei Kilogramm Öl ver-braucht. Das bedeutet, daß man für die Ueberfahrt nach Amerika rund 100-110 Fässer Brennstoff zu je 300 Liter Inhalt an Bord nehmen muß, um gesichert zu sein. Freilich hofft man auf einen besseren Rückenwind, der es gestattet wird, anstatt mit allen Maschinen nur mit vier, vielleicht sogar mit nur drei Rotoren ge-nügend Fahrt zu machen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Abend sind
Berlin S. O. 68, Lindenstraße 2.

Heute, Freitag, den 19. September:

- 41. Abt. 8 Uhr kurze wichtige Funktionärsbesprechung bei Schult, Marien-dorfer Str. 5.
- 101. und 102. Abt. Bildungsausschuß: 8 Uhr 30. Vorführung wissenschaftlicher Filme in der Kreuznauer Sternwarte. „Die Befreiung des Mount Everest“. „Im Schatten der Erde“ (Naturfilm). Karten zu 60 Pf. an der Kasse. Junggesellen. Gruppe Korben. Achtung, Mitglieder! Der Veranstaltungsausschuß der Gruppe ist jetzt noch neuem Beschluß auf Freitag festgesetzt worden. Erster Zusammenkunftstermin heute abend 7 Uhr im Zehngewei, 5. Stod. Mitgliederbesprechung. Eröffnet der Wichtigkeit wegen be-stimmt und pünktlich. Es wird 1/2 8 Uhr begonnen. — Gruppe Reichenau: Pünktlich 8 Uhr im Jugendheim Offenbacher Str. 56. Vortrag des Ge-nossen Wöhr: „National — nationalitätlich“.

Morgen, Sonnabend, den 20. September:

- 34. Abt. 8 Uhr bei Kohn, Cuhener Str. 19. kurze Besprechung der Funk-tionäre und Parteimitglieder für die Vorbereitung in den Cuhener-Sälen.
- 67. Abt. 7 1/2 Uhr bei Gede, Wronschstr. 21. Funktionärsbesprechung mit den Parteimitgliedern und Betriebsvertrauensleuten. Die Bezirksführer werden die Mitgliederlisten mitbringen.
- Charlottenberg. 54. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärbesprechung im Lokal „Am Birn-baum“, Calanstr. 13. — 57. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärsbesprechung bei Rappinstraße, Rummel Str. 47.
- 112. Abt. Rahnsdorf-Wilhelmsbagen. 7 1/2 Uhr in Wilhelmsbagen, Lokal Pilschke. Mitgliederbesprechung. Vortrag über die politische Lage.
- 117. Abt. Lichterberg. 7 1/2 Uhr Funktionärbesprechung bei Krüger, Alteschmidt-str. 33.
- 121. Abt. Rieberschönhausen. 7 Uhr im Lokal Rucka Funktionärsbesprechung. Tagesordnung. Spielgemeinschaft: Radmitzlos 5 1/2 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3. Probabend für das Fußball.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter! Am Sonnabend, den 20. September, abends 7 1/2 Uhr Funktionärsbesprechung im Sophien-Realgymnasium, Stein-straße 29-34. Ohne Ausnahme und Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Heute, Freitag, den 19. September, abends von 5-7 Uhr. im Jugend-sekretariat, Ausgabe der Antifaschistennummer der „Arbeiter-Jugend“ und der Karten für die Feiern der Partei.
Achtung, Abteilungsleiter! Die Abrechnung der Beitragssorten muß heute Freitag, von 5-7 Uhr, vorgekommen werden.
Karten aus Parteikassen Feiern heute am Sonntag, den 21. d. M., sind noch in beschränkter Anzahl zum ermäßigten Preise im Jugendsekretariat zu haben.

Heute, Freitag, den 19. September, abends 7 1/2 Uhr:

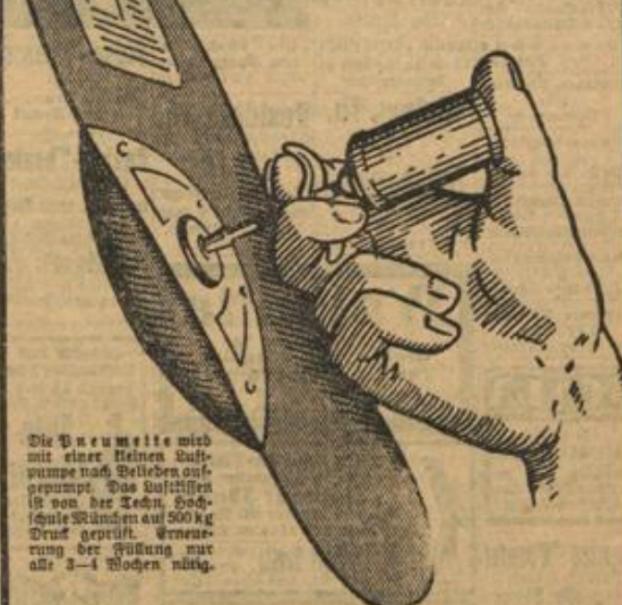
- Beiz: Jugendheim Chausseestr. 48. Vortrag: „Praktischer Sozialismus“.
- Buchholz: Lokal von Kofas, Hauptstr. 71. Vortrag: „Rurche und Müdel in der Bewegung“.
- Freiborn: Jugendheim Offenbacher Str. 56. Vortrag: „National — International“.
- Kreuznauer: Jugendheim Kogelstr. 33. Vortrag: „Was ist Weltanschauung?“.
- Rieberschönhausen: Schule Bantzenburger Str. 69-70. Vortrag: „Die deutsche Reichswehr“.
- Rosdorf I: Schule Bantzenburger Str. 69-70. Vortrag: „Die deutsche Reichswehr“.
- Rosdorf II: Schule Bantzenburger Str. 69-70. Vortrag: „Die deutsche Reichswehr“.
- Schöneberg: Schule Bantzenburger Str. 69-70. Vortrag: „Die deutsche Reichswehr“.
- Wilmersdorf: Schule Bantzenburger Str. 69-70. Vortrag: „Die deutsche Reichswehr“.
- Zehlendorf: Schule Bantzenburger Str. 69-70. Vortrag: „Die deutsche Reichswehr“.

Abteilung Rosdorf I: Mitgliederbesprechung im neuen Jugendheim, Bergstr. 29, 50f.

Briefkasten der Redaktion.

H. R. Bau-Schule, Berlin, Lindenstr. 97-98. Abendkurse in Elektro-techn. Köhler dort. — K. R. Anonyme Anfragen werden nicht berücksichtigt.

Das Aufpumpen der Pneumette



Die Pneumette wird mit einer kleinen Luftpumpe nach Belieben auf-gepumpt. Das Luftkissen ist von der Leinwand-Hautschale Röhren aus 500 kg Druck geprüft. Erneue-rung der Füllung nur alle 3-4 Wochen nötig.

90 Prozent aller Fuß- und Beinleiden rühren nach statistischen Schätzungen von einer Senkung des Fußes her, verursacht durch vieles Stehen, schweres Körpergewicht, geschwächte Muskulatur.

Die Fußentzündung und die damit verbundenen Schmerzen werden durch Gebrauch einer entsprechenden Schuh-einlage beseitigt.

Die Pneumette ist die beste von allen, denn sie stützt den Fußbogen mit Hilfe eines weichen Luftkissens.

Darum beseitigt Pneumette die Schmerzen, ermöglicht schmerzloses Gehen, auch bei längerer Marschen und verhindert die Uebermüdung.

Ein großer Vorteil der Pneumette ist die Regulier-barkeit des Luftkissens gemäß dem fortschreitenden Heilungsprozess durch stärkeres oder geringeres Aufpumpen.

Heute nach drei Wochen renne ich wie eine Biene.

Gabe seit 2 Jahren nicht laufen können, hatte An-del-senlung, da ging ich zu Leiser nach der Tauentzien-strasse und kaufte mir Pneumette und konnte von Stunde an besser laufen, und heute nach 3 Wochen renne ich wie eine Biene und sage hiermit nochmals meinen besten Dank.
Fran R. G., Berlin.

Verfüre die lästigen Schmerzen nicht mehr.

Ich kann nicht umhin, Ihnen noch meinen Dank aus-zusprechen für Ihre Einlage „Pneumette“. Mit derselben verfüre ich nicht mehr die lästigen Schmerzen beim Laufen und bin in jeder Hinsicht mit ihr zu-frieden.
Herta K., Berlin.

Meine Patientin geht schmerzlos.

In einem Fall, wo es sich um einen durch Gelenk-entzündung und angeborene Hüftgelenkverrenkung ent-standenen Plattfuß und sehr schmerzhaften Verkümmern der kleinen Zehe im orthopädischen Schuh handelte, hat sich ganz gegen meine Erwartung die Pneumette be-währt, indem meine Patientin schmerzlos geht und sehr dankbar ist.
Dr. Wilh. R., Assistent der Klinik Prof. V. Perchtoldsdorf.

Die Pneumette kann in jedem Schuh unsicht-bar getragen werden, ist federleicht und un-verwundlich, auch beim stärksten Gebrauch. Wir geben Ihnen ein Paar Pneumette

8 Tage zur Probe.

Ueberzeugen Sie sich selbst! Beginnen Sie heute noch mit dem Versuch, bei dem Sie nichts riskieren, sondern nur gewinnen können. (Ist schmerzfreies Gehen nicht diesen Versuch wert?)

Leiser

Schuhhaus größten Stils

Kostenlose ärztliche Untersuchung in eigenen Röntgen-Stationen, Leipziger Straße 64 (11-2 u 4-6) und Friedrich-str. 179 (11-1 u 3-6). — Fußprüfung und unentgeltliche ärztliche Beratung in allen Leiser-Verkaufsstellen:
Leipziger Straße 64
Tauentzienstr. 20
Friedrichstr. 179
Königstr. 34
Moabit, Turmstr. 50
Neukölln, Bergstr. 7/8
Friedenau, Rheinstr. 14
Oranienstr. 34
Oranienstr. 47a
Müllerstr. 3a
Schriftliche Aufträge von außerhalb Berlin sind zu richten an den Allein-Fabrikanten und Patent-Inhaber
Kreuzversand Alfred Klotz, München, Lindwurmstr. 76

Nur so verpackt!

Schwan im Blauband frisch gekirnt

Möbelabrik Rob. Seelisch, Berlin O, Rigaer Str. 71-73a
(5 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee)
bietet günstige Gelegenheit zum Möbeleinkauf

Schlafzimmer 350, 600, 650, 700, 900, 950 1200 bis 3000 Mark	Speisezimmer 500, 600, 750, 800, 850, 900, 1050 bis 2500 Mark	Herrnzimmer 470, 500, 525, 650, 700, 870, 900 bis 4800 Mark
---	--	--

Weiße u. farbige Küchen von 60-350 Mk. — Riesenlager in Polster-, Nußbaum- u. Einzelmöbel jeder Art. Besichtigung lohnend und ohne Kaufzwang erbeten. Geschäftszeit von 8 bis 7 Uhr.

Straßenpendeln über den Lietzparkweg: **Paul Golletz**, vormals Fabrik-Bew. Mariannenstr. 2, 1. Amt Vorplatz, 10300.
Hecht Tabakwaren-großhandlung Zigaretten, Zigarren, Tabak billig
Lindenstr. 81

Wirtschaft

Gegen dänische Hochschutzzollpolitik.

Zus Kopenhagen wird uns geschrieben: Der Kopenhagener „Socialdemokraten“ wendet sich in einem langen Artikel gegen die Hochschutzzollpropaganda dänischer industrieller Kreise und die Behauptung eines bevorstehenden deutschen Dumpings.

Ergänzend sei die dänische Landwirtschaft, die gegen ihr Interesse durch ihre politischen Führer für die Hochschutzzollpläne der Kopenhagener Industrie eingefangen werden soll, daran erinnert, daß vor dem Kriege trotz des dänischen Agrarzolls der Berliner und vor allem Hamburger Markt für den dänischen landwirtschaftlichen Export ein willkommenes Ventil waren.

Es ist nötig, daß man sich zu beiden Seiten der Grenzen die Folgen einer Hochschutzzollpolitik vor Augen hält. Auch der Kopenhagener „Politiken“, das Hauptorgan der radikalen Partei, brachte in einem sehr klaren und verständigen Aufsatz eine sachliche, aber klare Zurückweisung der Behauptung eines Dumpings von Deutschland und rückt vor den Hochschutzzollbestrebungen ab.

Zur Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Nach der Krise des Arbeitsmarktes in der Inflationszeit hatte — wenigstens im unbesetzten Gebiet — die vorläufige Währungsfestigung eine schnelle Besserung gebracht. Rückschlüsse konnten nicht ausbleiben. Zunächst unsolides trug das Wirtschaftslieben noch in sich, allzu sehr waren die spekulativen Elemente in der Wirtschaft ausgeblüht.

die Befriedigung zeitweiser Bedürfnisse des Verbrauchs abgestellt war, als daß sie hätte von Dauer sein können, und daß der deutsche Preisstand im Rahmen der weltwirtschaftlichen Lage unsere Ausfuhr zunächst erheblich hinderte und die Festigung des Arbeitsmarktes von dieser Seite her erschwerte.

Unter diesen Umständen blieb es bedauerlich, aber es war natürlich und unvermeidlich, daß gegen Mitte des Jahres der deutsche Arbeitsmarkt eine fühlbare Verschlechterung erfuhr. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder der gewerkschaftlichen Verbände stieg von Ende Mai bis Ende Juli von 8,6 auf 12,5 Proz., die Prozentzahl der Kurzarbeiter noch stärker von 5,8 zu Ende April auf 28,2 zu Ende Juli.

Wir sehen also eine beträchtliche Verschlechterung, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte, in der die mögliche Zunahme in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen mehr als 20 000 betragen hat. Seither ist die Kurve der Verschlechterung deutlich verflacht. Sie hat in der zweiten Augusthälfte noch etwa 6000 wöchentlich ausgemacht.

Frägt man nach der wahrscheinlichen Weiterentwicklung des Arbeitsmarktes, so wird man sich vor Augen halten müssen, daß die Jahreszeit voranschreitet und daß in einigen Wochen die Arbeitslosigkeit bei den Aukerarbeiten — Landwirtschaft, Gärtnerei, Baugewerbe, Binnenverkehr — fühlbar abnehmen wird, wie dies alljährlich von Mitte Oktober an zu geschehen pflegt.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Table with multiple columns listing food items and their prices. Includes items like Gerstengraupen, Weizenmehl, Butter, etc.

ter Ausfuhr wirkt und ausländischen Kredit für die kreditbedürftige deutsche Wirtschaft erhoffen läßt. Alles in allem liegen immerhin manche ermutigende Umstände vor, die dem ungünstigen Einfluß der Jahreszeit entgegenzuwirken geeignet sind.

Schutzzollpropaganda und Bodenrente.

Die schlimmsten Folgen des Hochagrarzolls, die Verteuerung von Grund und Boden und des Anzichens der Landpächter, stellen sich bei uns infolge der Zollpropaganda auch schon ein. Aus Südbaden wird folgender Fall, der für den Ernst der Situation spricht, mitgeteilt: Ende August dieses Jahres hat der Hofbesitzer Joseph Wager in Bokern bei Damm (Südbaden) 40 Morgen Ackerland und 20 Morgen Wiesen öffentlich meistbietend auf 5 Jahre verpachtet lassen.

Es handelt sich also um eine Steigerung von 400 bzw. 650 Proz. Man kann sich angesichts solcher Produktionsverteuerung, die ganz dem arbeitslosen Einkommen zugute kommt, an fünf Fingern ausrechnen, wie hoch die Agrarartikel noch mit Zöllen belastet werden müssen, damit die deutsche Landwirtschaft gegen das Ausland konkurrenzfähig bleibt.

Die Frankfurter Abendbörse wird am 1. Oktober zum ersten Male wieder abgehalten werden. Auf ihr werden in der Zeit von 5 1/2 bis 6 Uhr Papiere zu veränderlichen Kursen, nicht solche mit Einheitskursen gehandelt.

Darmstädter und Nationalbank. Die Darmstädter und Nationalbank, die sich erst während der Inflation aus den früher getrennten Internationals gebildet hat, nimmt jetzt eine Verringerung der Zahl ihrer persönlich haftenden Gesellschafter vor.

Gegen die spekulative Verteuerung des Leders durch Preistreiberien am Güntermarkt wendet sich der Zentralverein der Deutschen Lederindustrie e. V. in folgender Mitteilung: Der Zentralverein der Deutschen Lederindustrie warnt gegen die Ueberhöhung der Rohhautpreise auf dem deutschen Markt.

Internationale Lebenshaltungskosten. Die Zeitschrift „Die Wirtschaftskurve mit Indegzahlen der „Frankfurter Zeitung“ bringt eine Reihe von Darstellungen, die den Verlauf der Wirtschaftskurve in Deutschland beleuchtet. Von Interesse ist auch eine Zusammenstellung der internationalen Lebenshaltungskosten, der wir folgende Angaben entnehmen: Das teuerste Land ist Amerika.

Preiswertes Angebot für Herbst und Winter

Große Auswahl in allen Abteilungen — äußerst billige Preise!

- Herren-Sakko-Anzüge farbig, 38.00
Herren-Sakko-Anzüge blau, 58.00
Herren-Ulster, 75.00
Herren-Winter-Paletots, 92.50
Rock und Weste, 56.00
Smoking u. Abend-Anzüge, 115.00

- Herren-Sport-Anzüge, 37.00
Herren-Gummi-Mäntel, 31.00
Herren-Loden-Mäntel, 32.50
Winter-Loden-Joppen, 29.00
Breeches, 18.00
Windjacken, 15.75

- Kinder-Anzüge, 12.50
Norfolk-Anzüge, 34.00
Original Kieler Anzug, 28.50
Knaben-Pyjackets, 14.50
Kinder-Mäntel, 13.50
Bieyle's Kinder-Anzüge, Sweater u. Rosen
Jgl.-Sakko-Anzüge, 42.00
Jgl.-Sakko-Anzüge, 35.00
Jgl.-Sakko-Anzüge, 79.00
Jgl.-Smoking-Anzüge, 95.00
Jgl.-Paletots u. Ulster, 22.00

Herren-Beinkleider in reicher Auswahl

Esders & Dyckhoff
GERTRAUDTENSTR. 8-9 AN DER PETRIKIRCHE

